

# FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



## Die Gipfelstürmer vor dem Abstieg vom Schuldenberg

- Woran auch diese Regierung scheitern wird
- Schuldenhauptstadt Berlin
- Bürgergeld durch Mehrwertsteuererhöhung?

# Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Wahl hieß es immer wieder, das Wahlergebnis zeige, dass die Menschen zwar Veränderungen wollen, aber keine unsozialen Verhältnisse. In der Tat wird der Druck auf den Sozialstaat und auf die Gesellschaft insgesamt immer größer. Mediziner, Sozialarbeiter und Therapeuten



stellen fest, dass dies viele Menschen ganz persönlich in ihren Grundfesten erschüttert. Nicht nur die Erwerbslosen selbst sind betroffen, auch die, die noch eine Arbeitsstelle haben, leiden unter der Angst vor dem Verlust derselben und unter zunehmendem Leistungsdruck.

Ab Seite sechs greifen wir einen Bereich heraus, in dem die Arbeitsbelastungen spürbar zugenommen haben: die Pflege. Auch an vielen anderen Stellen gibt es genug zu tun, aber es wird nicht mehr bezahlt. Personenbezogene Dienstleistungen sind in besonderem Maße davon betroffen. So wird das gesellschaftliche Klima immer unsozialer.

Wann aber ist der Gipfel der Ungerechtigkeiten erreicht? Wird alles besser, wenn die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden? Helmut Creutz weist ab Seite vier darauf hin, dass die Staatsverschuldung und die Verschuldung von Unternehmen und Privaten inzwischen zu einem Gesamt-Schuldenberg angewachsen ist, der mit den üblichen Methoden nicht mehr zu bezwingen ist.

Dem zinsbedingt wachsenden Vermögensberg steht eben ein in gleichem Maße zunehmender Schuldenberg gegenüber. Wir

können den Reichtum nicht losgelöst von Armut und Verschuldung betrachten. Im herrschenden System sind das die zwei Seiten eines gefährlichen Eisbergs. Selbst wenn also der Staatshaushalt saniert werden würde (was ziemlich unwahrscheinlich ist), sind damit die grundlegenden Probleme nicht gelöst. Wir müssen tiefer ansetzen und einen Paradigmen- und Systemwechsel vollziehen. Auch die neue Regierung wird Verschuldung und Arbeitslosigkeit nicht abbauen können, wenn sie dies nicht erkennt.

Einer, der mit weitgreifenden, mutigen Vorschlägen momentan in vielen Medien präsent ist, ist Götz W. Werner (Seite 18). Wie wir von der FAIRCONOMY stellt auch er Überlegungen an, wie ein florierendes, sinnerfülltes Kultur-, Wirtschafts- und Sozialleben möglich wird. Die Idee eines Grundeinkommens halten auch wir für bedenkenswert. Statt dafür die Mehrwertsteuer extrem zu erhöhen, setzen wir jedoch auf die Abschöpfung leistungsloser Einnahmen wie der Bodenrente und auf die Besteuerung von Umwelt- und Ressourcenverbrauch.

Es wäre schön, wenn auch Sie uns im nächsten Jahr helfen würden, unsere Geld- und Bodenreformvorschläge weiter zu verbreiten, damit wir so viele werden, dass die Regierenden auf uns hören.

Schöne Festtage und einen guten Jahreswechsel wünscht Ihnen im Namen des Redaktionsteams

*Beate Bodt*

## Inhalt

- 3 Nobelpreis für Spieltheoretiker
- 4 Woran auch diese Regierung scheitern wird
- 6 Pflege – Maxi-Job für Mini-Lohn
- 9 Pressespiegel & Termine
- 10 Vorwürfe gegen Helmut Creutz und die INWO
- 11 Mitglieder werben Mitglieder
- 12 Aufnahmeantrag
- 13 Die Arbeitsgruppen der INWO, Angebote & Service
- 14 INWO vor Ort
- 15 Schuldenhauptstadt Berlin
- 16 Raus aus den Hinterzimmern – Flyerevent der INWO Schweiz
- 17 Berichte
- 18 Bürgergeld durch Mehrwertsteuererhöhung?
- 20 Der Global Marshall Plan – Retter des Kapitalismus?
- 22 FAIRCONOMY-Vorlage für den deutschen Bundestag
- 23 Bestellseite

## Impressum

FAIRCONOMY 1. Jahrgang, Nummer 3/2005  
ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

### Redaktion

Wera Wendnagel (Vi.S.d.P.), Beate Bockting,  
Jens Hakenes, E-Mail: [Redaktion@INWO.de](mailto:Redaktion@INWO.de)

### Abo-E-Mail

[Versand@INWO.de](mailto:Versand@INWO.de)

### Auflage

3.000 Exemplare; 1.500 als r-evolution, INWO-CH

### Bildnachweis

Titelseite: Klaus Kudielka - Montage: Umbach Grafik & Mediendesign, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, Seite 6: AOK-Mediendienst, Seite 7: Curanum AG, Seite 9: PhotoCase.com/juliaw, Seite 10: Jens Hakenes, Seite 11: privat, Seite 14: Jakob Schneider, Seite 15: Umbach Grafik & Mediendesign, Seite 17: INWO Schweiz, Seite 18: dm-drogerie markt GmbH & Co. KG, Seite 20: [globalmarshallplan.org](http://globalmarshallplan.org), wikipedia, Seite 23: Erich Lange

### Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

### Druck u. Versand

Druckhaus Klängenfuß GmbH, Münster

### Herausgeberin

INWO D e.V., Geschäftsstelle, Klaus Popp, Blasiusstraße 63,  
40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05, E-Mail:  
[INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de), <http://www.INWO.de>  
Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die

FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

# Nobelpreis für Wirtschaft an Spieltheoretiker

Die Wissenschaftler Thomas C. Schelling (USA) und Robert J. Aumann (Israel) erhalten den diesjährigen Nobelpreis für Wirtschaft. Die Spieltheoretiker werden u. a. geehrt für Forschungen über Entscheidungsfindung an Finanzmärkten und in der Politik. Eine akzeptable Wahl?



Die Spieltheorie untersucht in der Wirtschaftswissenschaft rationales Verhalten, wie es bei Spielern zu beobachten ist, die sich - zum Beispiel beim Schachspiel - auf Verstand, Logik und starke Nerven verlassen und dem Gegner möglichst keinen Einblick in ihren Gemütszustand gewähren, wie überhaupt Gefühle bei einem solchen Spiel, auch beim Pokern, durchaus hinderlich sein können.

Aus der Spieltheorie können Handlungsanweisungen für Konfliktsituationen und Strategien für Entscheidungen abgeleitet werden, zum Beispiel im Wettbewerb in der Wirtschaft oder auch in komplizierten politischen Fragen. Aumann hat eine Theorie fortgesetzter Spiele entworfen, bei denen mehrere Gruppen über lange Zeit interagieren - zum Beispiel bei internationalen Handelsabkommen, bei Tarifverhandlungen und an den Finanzmärkten. Ziel ist es, herauszufinden, warum manche Teilnehmer erfolgreicher handeln als andere.

Nun werden sich viele fragen, ob Nobelpreise für Wirtschaft nicht besser an Experten vergeben werden sollten, die Vorschläge gemacht haben für eine Beendigung der immer tieferen Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich, für eine Beendigung des lawinenartigen Wachstums der Geldvermögen sowie der damit verbundenen entsprechenden Schuldenakkumulation und dem rücksichtslosen ressourcenvergeudenden und naturzerstörenden Wirtschaftswachstum.

Wie sich das Finanzkapital bisher verhält, ist ja bekannt. Sind Zinsen und Renditen im Lande zu niedrig, entzieht es sich dem dortigen Markt, wandert dorthin, wo höhere Gewinne winken oder wird zu Spielkapital an den Börsen, jeglicher sozialer Verantwortung entzogen. Einer Sozialpflichtigkeit unterwerfen sich die Eigentümer freiwillig nicht. Würde das Nobelkomitee Verfasser zins- und kapitalkritischer Arbeiten überhaupt mit ei-

nem Nobelpreis für Wirtschaft auszeichnen wollen? Schließlich ist der Nobelpreis für Wirtschaft gar kein echter Nobelpreis, was in den Medien selten erwähnt wird. Er wurde nicht von Alfred Nobel, sondern 1968 von der schwedischen Reichsbank als Wirtschaftspreis gestiftet und 1969 erstmals verliehen. Kann man daher etwa erwarten, dass dieser so genannte Nobelpreis für Wirtschaft vergeben werden könnte für Konzepte, die privaten Reichtum in soziale Förderung zurückfließen lassen wollen und das Armut und Verschuldung produzierende Geld-Zinssystem auch nur in Frage stellen? Wohl kaum. Eigentümer können ungetadelt mit ihrem Kapital weiter spielen.



**Josef Hüwe**, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

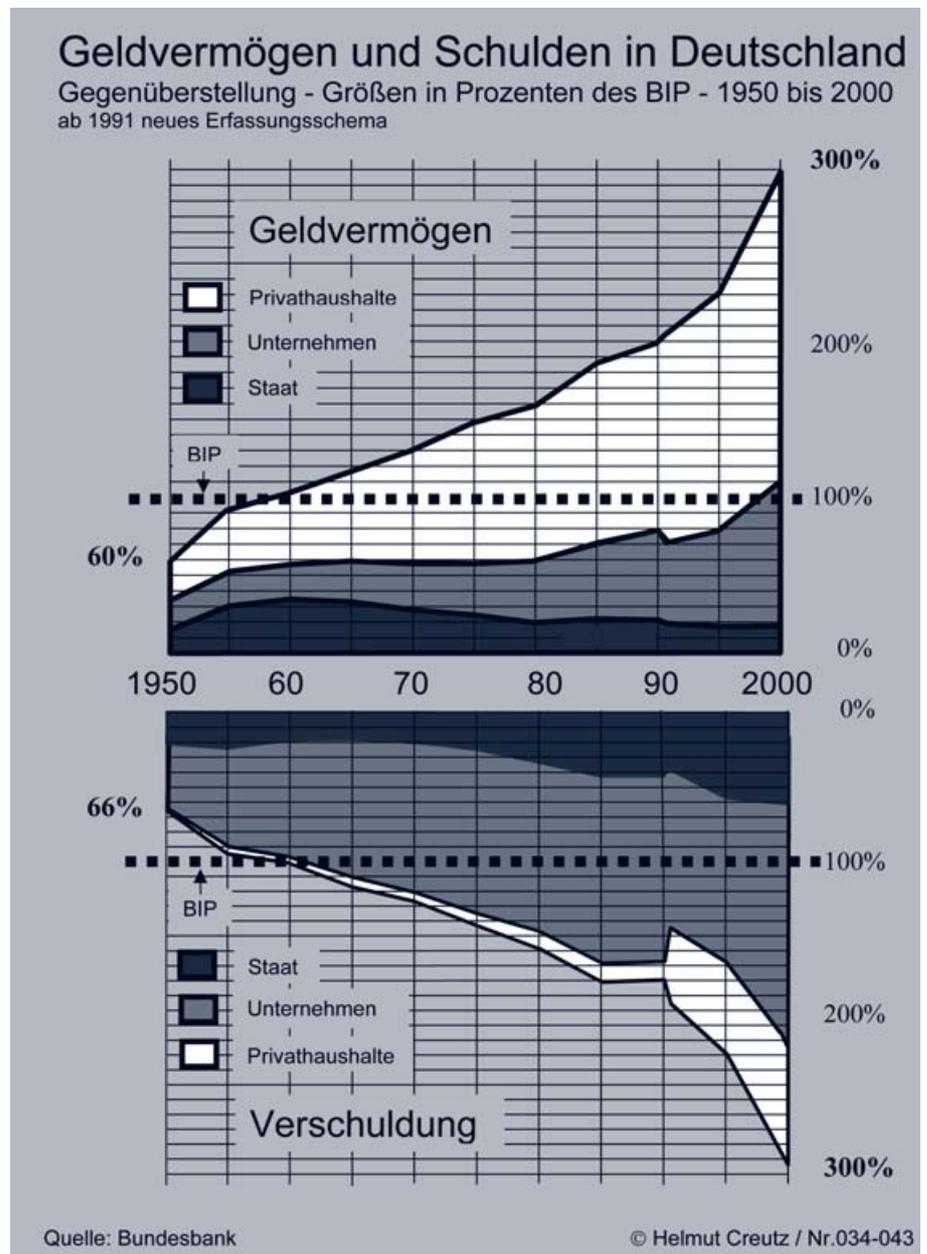
# Woran auch diese Regierung scheitern wird

Die neuen Verantwortlichen in Berlin können einem fast leid tun. Auch bei optimaler Verständigung von CDU und SPD werden die Voraussetzungen für das Regieren nicht leichter sein als bisher. Das gilt vor allem für die schwierige Haushaltslage in Zeiten eines riesigen öffentlichen Schuldenbergs.

Schon Hans Eichel versprach immer wieder eine Haushalts-Konsolidierung, konnte sie aber nie erreichen. Und während Eichel noch die Möglichkeit hatte, Bestände des staatlichen Tafelsilbers zu Geld zu machen, ist dieser Ausweg aus der Klemme inzwischen fast ausgereizt. Außerdem ist den Politikern wie den Bürgern kaum bewusst, welche Verluste mit diesen Verkäufen öffentlicher Güter verbunden sind. Zwar mussten wir auch bisher dafür kalkulatorische Zinsen zahlen, aber diese Zinsen flossen in die öffentlichen Haushalte und damit an uns Bürger zurück. Nach den Verkäufen aber landen diese Zinsen für alle Zeiten in den Taschen privater Investoren, zum größten Teil sogar im Ausland.

Aber die Frage, wie es in unserem Land trotz ständig steigender Wirtschaftsleistung überhaupt zu den heutigen Engpässen kommen konnte, wird in der Politik kaum gestellt. Geht man ihr jedoch nach, dann stößt man sehr schnell auf den Haushaltsposten Schuldendienst. Während dieser Posten 1970 erst vier Prozent der Steuereinnahmen beanspruchte, sind es heute mit rund 16 Prozent bereits vier Mal soviel! Ursache ist die Eskalation der öffentlichen Schulden, die über Jahrzehnte hinweg nicht beachtet wurde. Dabei stiegen diese Schulden von 63 Mrd. Euro im Jahre 1970 bis Ende 2004 auf 1.430 Mrd. und damit auf das 23fache(!) an. Bis Ende 2005 dürften sie fast 1,5 Billionen erreichen.

Als Ursachen dieser Schuldenexplosion werden meist irgendwelche langlebigen Investitionen des Staates vermutet. Vergleicht man jedoch die in den letzten 34 Jahren erfolgte



Zunahme der Verschuldung in Höhe von 1.367 Mrd. Euro mit den im gleichen Zeitraum gezahlten Zinsen in Höhe von 1.307 Mrd., dann zeigt sich, dass die Kreditaufnahmen fast ausschließlich in den Schuldendienst geflossen sind! Auch wenn das fast unglaublich erscheint:

**“Der ganze aufgehäufte Schuldenberg war praktisch zu nichts anderem nütze, als jene Bürger, die schon vorher über zuviel Geld verfügten und es dem Staat leihen konnten, um 1.307 Mrd. Euro reicher zu machen!”**

### Und was wird die neue Regierung tun?

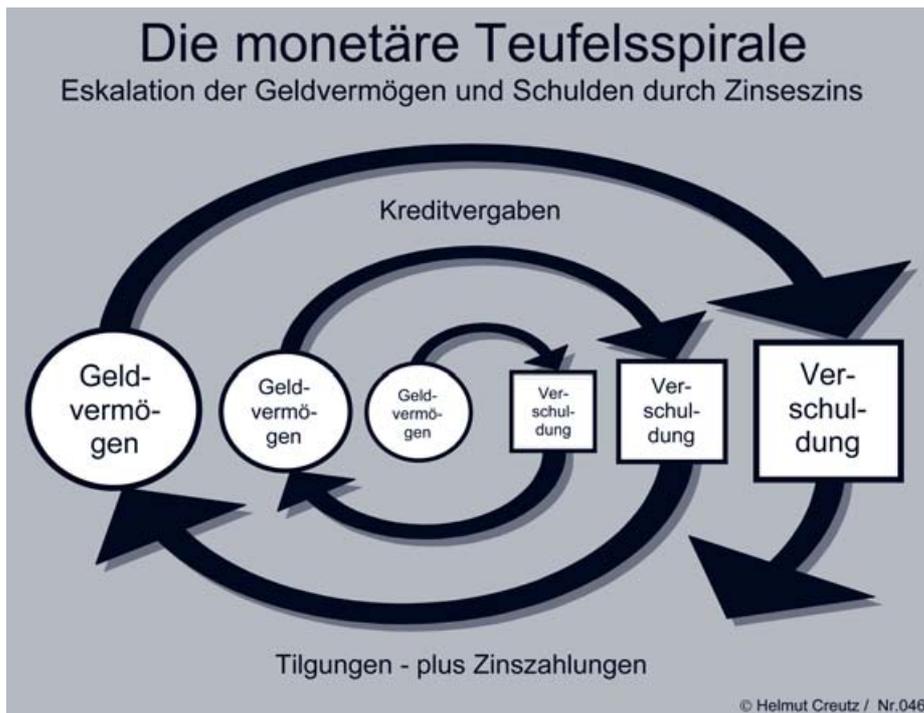
Auch für die große Koalition ist die Staatsverschuldung ein unumgängliches Thema. Sie verspricht jedoch ebenfalls keinen Abbau der Schulden, mit der alleine die Zinszahlungen und damit das eigentliche Problem unserer klammen Kassen verringert werden könnte. Sie plant lediglich, die jährliche Neuverschuldung auf jene Grenze herunter zu fahren, zu der man sich im Maastrichter Vertrag verpflichtet hat, nämlich auf maximal drei Prozent des BIP. Da aber auch für diese Neuverschuldungen von etwa 70 Milliarden pro Jahr Zinsen fällig werden, bleibt nicht nur der heutige unsoziale Zustand der staatlich organisierten Umschichtung von Arm zu Reich erhalten, sondern nimmt laufend weiter zu!

Als Ausweg aus dieser Zwickmühle setzen die Politiker allesamt immer nur auf Wirtschaftswachstum, obwohl dieses Wachstum bisher niemals mit dem der Geldvermögen und Schulden mithalten konnte und die heutigen Schuldenberge sogar in Zeiten hoher Wachstumsraten entstanden sind!

**“Was bei diesen Plänen völlig unter den Tisch fällt, ist der Tatbestand, dass der Staat selbst bei einem über den Zinssätzen liegenden Wirtschaftswachstum seine Schulden nur in dem Umfang abbauen könnte, wie die Unternehmen und Privathaushalte ihre Schulden erhöhen! Denn ohne diese ständige Rückführung der Geldvermögen über Schulden in den Wirtschaftskreislauf würde unsere Wirtschaft deflationär zusammenbrechen!”**

### Was müsste geschehen?

Denkt man an die bereits erreichten Schulden der Unternehmen und Privathaushalte, dann dürfte klar sein, dass solche Verlagerungen



ebenfalls nicht möglich sind. Die ganzen Probleme unseres Gemeinwesens wären darum nur dann in den Griff zu bekommen, wenn die Zinsströme im Gleichschritt mit dem sättigungsbedingt nachlassenden Wirtschaftswachstum marktgerecht gegen Null absinken würden. Denn nur dann lassen auch die Überentwicklungen der Geldvermögen nach, die selbst dann zu Überschuldungen und in der Folge zum Wirtschaftswachstum zwingen, wenn es den Bedürfnissen der Menschen nicht mehr entspricht! Und nur bei sinkenden Zinsen würde es auch möglich, die Staatsschulden langsam und organisch abzubauen und die Haushalte zu sanieren.

Schon eine Absenkung der Zinssätze um zwei Prozentpunkte würde unsere Gesellschaft um 120 Milliarden jährlich entlasten, ein Betrag, mit dem man die Bruttolohnkosten von drei Millionen Arbeitnehmern bezahlen könnte! Und der Staat selbst käme aus allen seinen aktuellen Schwierigkeiten schon heraus, wenn er von den rund 250 Milliarden Euro Zinsen, die heute alleine von den Banken an die Sparer ausgezahlt werden, ein Fünftel abzweigen würde. Und die Zinsbezieher würden eine solche "Reichensteuer" in den meisten Fällen gar nicht merken, während die heutigen Methoden der Politiker, nämlich das fehlende Geld bei den arbeitenden Bürgern zu holen, nicht nur für die Betroffenen schmerzlich sind, sondern auf Grund der reduzierten Konsummöglichkeiten auch noch für Konjunktur und Beschäftigung!

Mit einer solchen Zinsertrags-Abschöpfung bzw. noch besser einer Zinssatzabsenkung

durch eine Umlaufsicherung für Geld, würden nicht nur die Konsolidierungen der öffentlichen Haushalte möglich, sondern auch die Abbremsung der ansonsten weiter wuchernden Diskrepanzen zwischen Arm und Reich. Was ein solcher Abbau der sozialen Spannungen bedeutet und weltweit bedeuten könnte, wird klar, wenn wir an den Terrorismus denken, an die Flüchtlingsströme aus Afrika oder auch die jüngsten Ereignisse in Frankreich. Sie alle sind nicht zuletzt auf die Fehlmechanismen unserer monetären Ordnungen zurückzuführen!



**Helmut Creutz**, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks "Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" (2001). Im Jahr 2004 sind "Die 29 Irrtümer rund ums Geld" erschienen. INWO-Mitglied.

# Pflege – Maxi-Job für Mini-Lohn

Zwei Dinge sind knapp bei der Behandlung von Kranken: Zeit und Geld. Die Arbeit wird immer mehr und das Pflegepersonal immer weniger. Das war mal anders. Wie ist es dazu gekommen?

Pflegekräfte genießen in der Gesellschaft keine allzu große Anerkennung, was sich am deutlichsten in der Bezahlung zeigt. "Ich fühle mich nicht wertgeschätzt, sondern ausgenutzt", schrieb kürzlich eine Kollegin. Krankenschwestern und Pfleger ergreifen ihren Beruf, weil sie für Menschen sorgen wollen. Erst in zweiter Linie denken sie an die Bezahlung. In der Entlohnung wird jedoch Wertschätzung ausgedrückt. Die Wertschätzung setzt bisweilen leider erst dann ein, wenn der Krankheitsfall schon eingetreten ist und ist dann nicht finanzieller Natur.

Die Existenz von Krankenhäusern und der dort Arbeitenden benötigt indessen – über Dankbarkeit für gelungene mitmenschliche Begleitung hinaus – schon in gesunden Tagen

eine von allen Mitgliedern der Gesellschaft getragene, vorausschauende, solidarische Finanzierung. Damit ideale und finanzielle Wertschätzung der Pflege gleichermaßen als gesellschaftliches Ziel angestrebt werden können, ist der erste Schritt aber zunächst einmal zu erkennen, in welcher prekärer Situation wir uns eigentlich befinden.

## Organisationsfehler auf verschiedenen Ebenen

Pflegende stehen vor der Aufgabe, mit oft unplanbaren Situationen kreativ, flexibel, ausdauernd und zeitsparend umzugehen. Zudem soll die häufig in belastenden Situationen lebende und arbeitende Pflegekraft die Wünsche aller derer mit einbeziehen, die sich aus

welchen Gründen auch immer entschlossen haben, über praktische Aufgaben lieber nachzudenken, anstatt diese am Krankenbett auszuprobieren. Es ist ein gravierender Mangel, dass persönliche Karriere immer wegführt vom Krankenbett.

Einzelne Pflegehandlungen können jedoch nicht unabhängig von der Gesamtsituation eines Kran-

kenhauses betrachtet werden. Oft wird die Pflegekraft für etwas verantwortlich gemacht, auf das sie selbst keinen Einfluss hat. So taucht z.B. der allgegenwärtige Zeitmangel in der Bewertung ihrer Leistung auf, anstatt als Organisationsfehler erkannt zu werden.

Zeitdruck ist eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft und stellt die Frage nach unserem alltäglichen Umgang mit Zeit und Geld. Ich betrachte es so: Zeitmangel als Organisationsmangel ist vor allem anderen Geldmangel! Zuerst kommt der Kostendruck. Die Forderung nach immer mehr Flexibilität, Schnelligkeit, Belastbarkeit und Kreativität sind Folgen dieses Kostendrucks.

**„Ein Sprichwort sagt es: Zeit ist Geld! Damit ist Zeitdruck gleich Kostendruck und Zeitmangel immer Geldmangel.“**

Wie sind wir unter diesem Kostendruck geraten? Üblicherweise lautet die Antwort auf diese Frage, das Personal sei zu teuer und die Sozialkosten der Arbeit seien zu hoch. Dieser Logik folgend, wäre ich also selbst für diese Zustände verantwortlich. Ich sollte in mich gehen und auf Lohnerhöhungen verzichten. Ich bin jedoch überzeugt, dass damit überhaupt nichts verändert würde.

Um dem Kostendruck auf den Grund zu gehen, ist eine Beschäftigung mit unserem Geldsystem vonnöten. Unser Geldsystem wird als gegeben angesehen und kaum als problematisch wahrgenommen. Dass es mittlerweile an seine Grenzen stößt, ist den meisten Menschen nicht bewusst. Nicht die Sozialsysteme stecken in der Krise, sondern das dahinter wirkende Geldsystem.



## Überall fehlt das Geld, warum ist das eigentlich so?

Geld, eine geniale Erfindung der Menschen, erleichtert den Tauschhandel. Es verbindet mich mit anderen Menschen. Es kommt zum Einsatz, wenn Menschen füreinander arbeiten, nur dadurch hat es einen Wert! Geld allein kann nicht arbeiten, selbst wenn Banken, die so werben, es gerne so hätten und die beworbenen Menschen dies nur zu gerne glauben möchten.

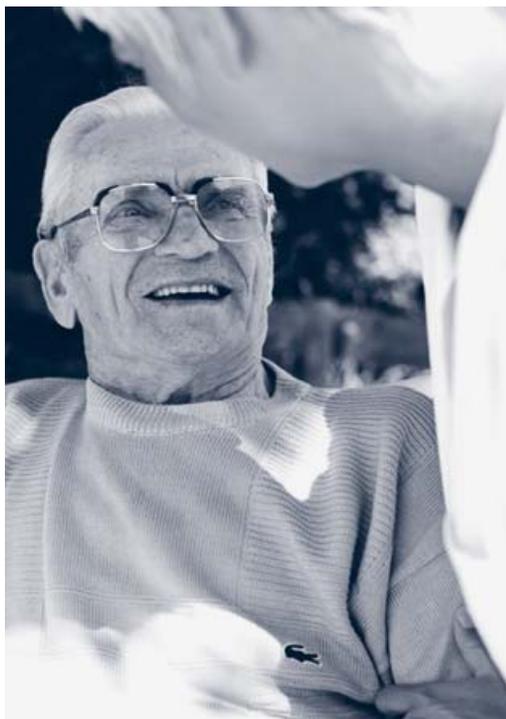
Arbeit gibt es genug! So sollte es doch möglich sein, die tauschwilligen Personen mittels Geld zueinander zu bringen. Aber unser Geld hat nicht nur eine verbindende Funktion, sondern wirkt auch trennend. Die trennende Funktion wird sichtbar, wenn Geld als Wertaufbewahrungsmittel gebraucht wird. In diesem Fall landet es auf der "hohen Kante" und wird gegen Zins weiterverliehen.

Es ist vor allem der Zinseszinsmechanismus, der für eine ständige Umverteilung von Geld verantwortlich ist. Er spaltet die Gesellschaft in eine arbeitende, zahlende Mehrheit und eine empfangende und besitzende Minderheit. Da alle Zinskosten der Unternehmen in die Preise einkalkuliert werden, müssen sie von allen, die einkaufen gehen, gleichermaßen berappt werden. Der Zinsanteil liegt in Deutschland mittlerweile zwischen 30 und 40 Prozent der Endverbraucherpreise und steigt weiter. Der Kleinsparer zahlt so über die Preise viel mehr Zinsen, als er über das Sparsbuch erhält. In Deutschland profitieren nur die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung von diesem System. Sie erhalten den Betrag, den neunzig Prozent über die Preise bezahlen. Täglich fließen so 800 bis 1000 Mill. Euro von der Arbeit zum Besitz.

Diesen Zuwachs bei den Vermögen gibt es aber nur, weil viele berufstätige Menschen, die ihr Geld für ihren Lebensunterhalt brauchen, täglich an dieser Anhäufung mitarbeiten. Da niemand aus diesem System aussteigen kann, sägen die Arbeitenden an ihrem eigenen Ast. Je länger und je fleißiger sie arbeiten, desto weniger erhalten sie vom Ganzen. Zusammengefasst gilt:

**„Hat ein Mensch Geld erhalten ohne dafür gearbeitet zu haben, so hat ein anderer gearbeitet ohne Bezahlung.“**

Für einen Unternehmer wiederum besteht ein Unterschied zwischen Arbeitskosten und Kapitalkosten. An den Kapitaleigner, vertreten



durch die Bank, zahlt der Unternehmer Zinsen, jedoch ohne Sozialabzug. Denn seltsamerweise sind diese leistungslosen Einkommen aus der Arbeit anderer für den Geldverleiher nicht sozialpflichtig. Aus der Zinspflicht gegenüber seinem Geldgeber kann der Unternehmer nicht aussteigen. Daher versucht er, mit weniger oder gar ohne Personal auszukommen. Also werden, weil auf der einen Seite die Kapitalvermögen der Geldverleiher wachsen, auf der anderen Seite Arbeitsplätze eher abgebaut.

## Warum ist der Zinsanteil in den Preisen so hoch?

Zinsen wirken deshalb so verheerend, weil sie abhängig von der Höhe des Zinssatzes eine Verdopplungswirkung auf das Kapital haben. Je höher der Zinssatz, desto rasanter verläuft dieser Prozess. Zinsen werden – sofern sie nicht direkt ausgegeben werden – zu Kapital und beziehen sich selbst in dessen Verdopplung mit ein. Eine mit sieben Prozent Zins angelegte Summe verdoppelt sich so alle zehn Jahre.

Vermögen wachsen also exponentiell. In dem Buch "Unsere Welt – ein vernetztes System" nennt Frederic Vester ein anschauliches Beispiel für exponentielles Wachstum in einem begrenzten Raum: "Wer kennt nicht die Sache mit den Tag für Tag sich verdoppelnden Teichrosen? Nach fünfzehn Tagen ist der Teich halb bedeckt. Frage: Wann ist er ganz zugewachsen? Natürlich am sechzehnten und nicht am dreißigsten Tag!"

Es ist die Frage, wie viele Verdopplungen das System bis zu seinem Einsturz noch verträgt. Zinsanstiege verlaufen schleichend. Die am Anfang flach verlaufende Kurve zeigt zunächst die innewohnende Kraft, die später mit steigender Tendenz zu einem Ausdruck von Gewalt wird. Wir befinden uns längst im Stadium teils offener und struktureller Gewalt. Letztere ist leider schwieriger zu erkennen.

## Die Kapitalvermehrung stiehlt uns die Zeit

Aus Zeit wird mit Hilfe des Zinses Geld gemacht! Wie dieser Mechanismus aus Zeit und Geld eine Gesellschaft verändert, hat Michal Ende in seinem Märchenroman "Momo" beschrieben. Im Klappentext heißt es: "Eine gespenstische Gesellschaft ‚Grauer Herren‘ ist am Werk und veranlasst immer mehr Menschen Zeit zu sparen. Aber in Wirklichkeit betrügen sie die Menschen um die ersparte Zeit. Doch Zeit ist Leben und das Leben wohnt im Herzen. Je mehr die Menschen daran sparen, desto ärmer, hastiger und kälter wird ihr Dasein und desto fremder werden sie sich selbst."

## Pflegeberufe immer unattraktiver

In Deutschland sind fast 1,2 Millionen Personen in den Pflegeberufen tätig. Über 80 Prozent sind examinierte Krankenschwestern/-pfleger und Altenpfleger/innen. Jeweils etwa 40 Prozent arbeiten in Krankenhäusern und in Alten- und Pflegeheimen. 20 Prozent arbeiten in ambulanten Pflegediensten.

Die körperliche und psychische Arbeitsbelastung beim Pflegepersonal hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Mehr schwer Kranke müssen gepflegt werden, die Arbeitsdichte nimmt zu, in vielen Einrichtungen mangelt es an Personal, die wirtschaftlichen Zwänge nehmen zu.

Es stellt sich die Frage, wer die Pflegearbeit leisten wird, die in einer immer älter werdenden Gesellschaft erforderlich sein wird, denn sehr viele Pflegekräfte verlassen den Pflegeberuf vorzeitig. Dies wurde auch von der Europäischen Union als ernsthaftes Problem erkannt. Die EU finanzierte darum die Europäische NEXT-Studie (nurses' early exit study). Diese Studie hat gezeigt, dass in Deutschland fast jede fünfte Pflegekraft oft daran denkt, den Beruf aufzugeben. Fast in keinem anderen Land halten so viele das Image ihres Berufes für (sehr) schlecht (51 Prozent). Nur 18 Prozent gehen davon aus, dass sich die gesellschaftliche Anerkennung in den nächsten zehn Jahren verbessern wird. Weitere Informationen: <http://www.next-study.net>

Zeit hat zwei Qualitäten, die zusammengehören wie Yin und Yang. Die Griechen der Antike nannten die messbare, gleichmäßig verrinnende Zeit Chronos. "Chronometer" blieb uns erhalten, ein anderes Wort für Uhr. Die erlebte Zeit nannten sie "Kairos". Der Inhalt bestimmt das Empfinden und lässt sie schneller oder langsamer vergehen. Patienten wird die Zeit häufig lang, während das Pflegepersonal der Zeit hinterher jagt.

An der schwierigen Situation des Krankenhauspersonals wird sich jedoch nichts ändern, wenn wir uns stillschweigend abmühen, den Mangel zu verwalten, und es aus Zeitmangel vermeiden, über denselben offen zu diskutieren! Leider bezieht sich diese Vermeidungshaltung nicht nur auf die Zeitproblematik. Die schweigende Übereinkunft bezieht das dahinter wirkende Geldsystem mit ein.

Die meisten glauben immer noch, dass der Erhalt des Arbeitsplatzes vor allem von persönlichen Fähigkeiten und Eigenschaften abhängig sei. Wenn wir darüber reden würden, welche Pflgetätigkeiten an welchem Tag benötigt werden und welche unterbleiben müssen, würde es uns nicht verborgen bleiben, dass wir in einem rationierten Bereich arbeiten.

## Bedarf ohne Geld

Der Erfindung des Zeitmangels geht jedoch die Erfindung des Geldmangels voraus. Denn unser Geldsystem trennt, wenn es lange genug wirksam ist, die Arbeit von ihrer gerechten Bezahlung und erzeugt so dauernd "Geld ohne Bedarf" und "Bedarf ohne Geld" (Prof. Dieter Suhr). Vom "Bedarf ohne Geld" und seinen Folgen hören wir täglich in Form von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Zweiklassenmedizin und Zweiklassenpflege. "Bedarf ohne Geld" führt zur Vergrößerung der Pflegebereiche, vermehrt Fehler durch Übermüdung, macht Überstunden nötig, bedeutet Notstand in Pflegeheimen. Viele Missstände sind schlicht auf Personal- und Zeitmangel zurückzuführen.

## Geld ohne Bedarf

Das "Geld ohne Bedarf" wird an der Börse gehandelt, bewirkt Privatisierungen, fördert zu große Klärwerke, unnötigen Straßenbau usw. Es ist systemgemäß sehr wohl erwünscht, dass das überreichlich vorhandene "Geld ohne Bedarf" seine Verzinsung verlangt. Als Verschuldung muss es in den Geldkreislauf zurückkehren, zwingt uns alle dienstbar zu sein, die wir unseren Lebensunterhalt mit Arbeit verdienen müssen. Denn

wachsen die Vermögen, so erhöhen sich die Schulden spiegelbildlich um genau den gleichen Betrag.

Der Finanzminister hat eine Aufgabe, um die er nicht zu beneiden ist. Helmut Creutz schreibt in seinem Buch "Das Geldsyndrom": "Da die zinsfordernden Sach- und Geldvermögen deutlich rascher zunehmen als die volkswirtschaftliche Leistung und die Staatseinnahmen, ist auch der sozialste Staat immer weniger in der Lage, die zinsstrombedingten Umverteilungen von Arm zu Reich durch steuerfinanzierte Rückverteilung auszugleichen." Ist auf diesem Hintergrund eine Steuer- und Wachstumsdebatte überhaupt möglich? Auch Steuern sind gespalten, vermehren das "Geld ohne Bedarf", da die gemeinsamen Schuldzinsen bezahlt werden müssen.

Aus dem Gesamtsystem aussteigen kann niemand. Jeder befindet sich irgendwo, eine zunehmende Anzahl von Menschen beim Bedarf ohne Geld. Menschen mit wenig Geld sind angewiesen auf die sozialversicherungsrechtliche Seite des sozialen Netzes, welches keineswegs einer Hängematte gleicht.

Die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung sind Lohnprozente bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Sie sind damit an den Faktor Arbeit gekoppelt und machen diesen vergleichsweise teuer. Die Beitragsbemessungsgrenze markiert in unserer parzellierten Gesellschaft die Grenze zu den Besserverdienenden, die damit aus der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht zugunsten einer Privatversicherung ausscheiden dürfen. Selbst Millionäre können aber auch zu den Tarifen der gesetzlichen Krankenversicherung Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen, denn Einkünfte über der Beitragsbemessungsgrenze führen nicht zu höheren Beiträgen. Kapitalerträge bleiben unberücksichtigt. Das mag richtig gewesen sein in der Zeit, als die Bundesrepublik noch jung war, denn anfangs gab es wenig Kapitalertrag. Heute allerdings ist es eine schreiende Ungerechtigkeit.

## Von der Arbeit zum Besitz ...

In dem Buch "Vision eines regionalen Aufbruchs" ist u. a. die Verfassungsbeschwerde von Dr. med. Dieter Petschow nachzulesen. Auf Seite 196 heißt es dort, dass "1970 noch fünfundsiebzig Prozent des Arbeitsertrages für die Arbeitswelt zur Verfügung standen, nimmt man fünfundsechzig Prozent effektiven Lohn und zehn Prozent Nettosteuern zusammen; fünfundzwanzig Prozent waren leistunglose Einkommen, aufgeteilt in zwei

Drittel (17%) für das Sozialbudget und ein Drittel (7%) für Kapitaleigner. Im Jahre 2002 teilen sich Staat und Arbeitswelt nur noch sechzig Prozent der Erträge; vierzig Prozent sind leistunglose Einkommen, wovon drei Fünftel an wenige Eigentümer, zwei Fünftel an alle sozial Berechtigten gehen. Die Anzahl der Eigentümer hat abgenommen, die Zahl der sozial Berechtigten hat massiv zugenommen."

## Das Schweigen brechen

Und wohin führen diese Auswirkungen des Geldsystems, die wir bewusst oder unbewusst unterstützen? Dass unter den Bedingungen des herrschenden Systems langfristig eine gleichmäßig gute Arbeit geleistet werden kann, ist sehr zu bezweifeln. Betroffen hiervon sind nicht allein die Pflegeberufe, sondern alle Beschäftigten.

Anstatt der Situation ins Auge zu sehen, treibt man die Arbeitenden überall in ein ruinöses Hamsterrad, in dem alle gegen alle kämpfen. Wir haben alle Hände voll zu tun, dafür ist im Übermaß gesorgt. Zum Denken soll keine Zeit bleiben. Doch indem wir nur schweigend unserer Aufgabe nachkommen, unterstützen wir ein menschenunwürdiges System.

Die verständliche Wut der Beschäftigten über ihre unbefriedigende Arbeitssituation sollte öffentlich geäußert werden. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen kann nur erreicht werden, wenn sich an deren Grundlage, dem ungerechten Geld- und Wirtschaftssystem, etwas ändert.

Literatur:  
J. Sikora, G. Hoffmann: Vision eines "Regionalen Aufbruchs". Mit einer Verfassungsbeschwerde von Dr. Dieter Petschow und einem Brief an den Papst Benedikt XVI. von Heiko Kastner. KSI 2005, 214 Seiten, ISBN 3-927566-35-7.  
Frederic Vester: Unsere Welt – ein vernetztes System. dtv Sachbuch, 8. Auflage



**Beate Petschow**, arbeitet seit etwa vierzig Jahren als Krankenschwester, zehn Jahre davon war sie als Lehrerin für Pflegeberufe tätig.

## Termine

21.01.2006

Waaghaus, St. Gallen/Schweiz

**„Geldspiel mit zwei Währungssystemen“**

Infos: <http://www.oikosinternational.org/stgallen>

27.-29.01.2006

Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte

**Mitgliederversammlung**

**der INWO Deutschland**

Kontakt: INWO-Geschäftsstelle (siehe Seite 13)

10.02.2006, 20 Uhr

Stuttgart, Forum 3/Gymnasiumstr. (S-Stadtmitte),

Vortrag & Diskussion

**"Der Zins – Motor des Sozialabbaus?"**

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger

Kontakt und Anmeldung: Wolfgang Seidel,

E-mail: [oZB-Stuttgart@t-online.de](mailto:oZB-Stuttgart@t-online.de)

10.02.2006, 19:30 Uhr

Ried/Österreich, Bildungszentrum

Vortrag & Diskussion

**„Geld zerstört die Welt - Warum?“**

Helmut Creutz

Kontakt: Bildungszentrum St. Franziskus,

Telefon: (07752) 82742

11.02.2006, 9-17 Uhr

Workshop: Vertiefung des Vortrags am Vorabend

07.03.2006

Aachen, Volkshochschule

Vortrag

**„Die Kassen sind leer –**

**Wo aber ist das Geld geblieben?“**

Helmut Creutz

Kontakt: VHS Aachen, Telefon (0241) 47920

14., 21., 28.03. und 04.04.2006

Aachen, Volkshochschule

**"Die 29 Irrtümer rund ums Geld"**

Kurs-Abende mit Helmut Creutz

21.-22.01.2006: Arbeit & Kapital im Unternehmen

18.-19.02.2006: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

01.-02.04.2006: Wenn der Boden knapp wird...

**Reihe des Seminars für freiheitliche**

**Ordnung in Bad Boll**

Kontakt und Anmeldung: SffO e.V., Badstraße 35,

D-73087 Bad Boll, Tel. (07164) 3573, [www.sffo.de](http://www.sffo.de)

29.-30.04.2006

Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen

Gesellschaft

**"Globales Ressourcenmanagement"**

08.-09.05.2006

oikos Konferenz XVIII,

Universität St. Gallen, Schweiz

**"Die Zukunft des Geldes –**

**in Zukunft investieren"**

Infos: [www.oikos-konferenz.org](http://www.oikos-konferenz.org)

25.-28.05.2006

**CGW-/INWO-Tagung in Birkenwerder**

## Pressespiegel

Auf der Titelseite von **BILD** online gab es am 30.10.2005 einen Link zu den "größten Irrtümern rund ums liebe Geld". Gleich zweimal wird dabei Helmut Creutz als Quelle genannt: bei Irrtum Nr. 1 (Bargeld spielt kaum noch eine Rolle) und Irrtum Nr. 3 (Bei Börsen-Crashes wird Geld vernichtet). Deutschlands größte Tageszeitung verweist auf das Buch "Die 29 Irrtümer rund ums Geld" von Helmut Creutz. Auch interessant ist Irrtum Nr. 2: "Heute hortet doch niemand mehr Geld". Aus Zahlen der Bundesbank wird geschlossen, dass "viele Menschen mit ihrem Geld nicht einkaufen gehen, sondern es lieber zu Hause unters Kopfkissen legen".

---

Im Septemberheft der Zeitschrift **Spektrum der Wissenschaft** hat Sven Titz das Buch "Grenzen des Wachstums im Widerstreit der Meinungen" von Paul Erbrich vorgestellt. Im Novemberheft ist dazu ein Leserbrief von INWO-Vorstandsmitglied Alwine Schreiber-Martens erschienen. Als Leitfrage Paul Erbrichs zitiert Sven Titz die Frage: "Wie kam es so weit?" Etwas später heißt es: "Im Allgemeinen überzeugt der Autor auf der naturwissenschaftlichen Seite ... mehr als auf der ökonomischen." Dazu schreibt Alwine Schreiber-Martens: "Sicher liegt in der Ökonomie der Schlüssel der Wachstumsproblematik. Festzustellen ist weltweit ein krasses Verteilungs-Ungleichgewicht. Dies hat sich in den letzten 30 Jahren weiter verschärft. Man kann daher nicht das Wachstum der Weltwirtschaft mit dem Wachstum der Bedürfnisse der Menschheit begründen - dieser Bedarf ist heute angesichts der Möglichkeiten noch weniger gedeckt als vor 30 Jahren. Es gibt abstrus viel 'Geld ohne Bedarf' bei gleichzeitig skandalös viel 'Bedarf ohne Geld'. Für naturwissenschaftlich Vorgebildete ist das Verständnis exponentieller Wachstumsvorgänge selbstverständlich. Nun liegt genau dieses Verhalten vor, wenn (Geld-) Guthaben permanent mit einer positiven (positiv = echt von Null verschieden, nicht gegen Null fallend) (Mindest-)Rate anwachsen. Der große britische Ökonom J. M. Keynes hat dargelegt, dass Guthaben und Schulden im Gleichschritt wachsen (müssen). Die Änderung der Geldsystematik ist daher unabdingbar (vgl. z.B. [www.Geldreform.de](http://www.Geldreform.de)), damit die Hoffnung des Buchautors, die 'globale Bedrängnis' möge gar nicht erst entstehen, eine Realisierungschance hat."

Das Geldvermögen der deutschen Privathaushalte betrug Ende 2004 4,067 Billionen Euro. Das sind knapp 154 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Darüber berichtet die **Süddeutsche Zeitung** online am 17.10.2005: "Die Sparquote - also der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen - stieg von 10,3 auf 10,5 Prozent. Damit verfügte ein deutscher Durchschnittshaushalt im vergangenen Jahr über ein Geldvermögen von 104.000 Euro. Grundlage für die Studie (...) sind Angaben der Bundesbank." Haben Sie das durchschnittliche Privatvermögen oder kennen Sie jemanden, der so viel besitzt? Nein? Kein Wunder, denn der Durchschnitt sagt nicht viel über die tatsächliche Verteilung der Vermögen aus. Die lässt sich gut aus der Gegenüberstellung der Zinsbelastungen und Zinserträge der Haushalte erkennen. Demnach konzentriert sich der Reichtum bei zehn bis zwanzig Prozent der Bevölkerung - der Rest zahlt drauf!

---

Jedes Jahr legt das US-Magazin **Forbes** die Rangliste der 400 reichsten Amerikaner vor. Zum ersten Mal blieben in diesem Jahr die Milliardäre fast komplett unter sich, so die **WELT** online (23.09.2005): "Zusammen haben die 400 reichsten Amerikaner demnach ein Vermögen von 1,13 Billionen Dollar. Damit sei das Gesamtvermögen zum dritten Mal in Folge gestiegen. Im vergangenen Jahr hatten die bestverdienenden Amerikaner gemeinsam ein Vermögen von geschätzten 1,05 Billionen Dollar." Auch ohne New Economy Boom legten die Superreichen bei ihren Vermögen also um fast acht Prozent zu! Bei Bill Gates, dem reichsten Mann der Welt, ergibt sich so ein jährlicher Zuwachs von sage und schreibe 4,08 Milliarden Dollar. Tag für Tag ist das ein Plus von 11 Millionen Dollar. Selbst bei einem Zinssatz oder einer sonstigen Rendite von vier Prozent sind es noch 5,6 Millionen Dollar pro Tag, die ohne eigenes Zutun gutgeschrieben werden. Auch in Deutschland zahlen 80 Prozent zugunsten einer reichen Minderheit drauf - mit jedem Produkt, das sie kaufen. Aldi-Gründer Karl Albrecht z.B. liegt mit einem geschätzten Vermögen von 23 Milliarden Dollar auf Platz drei der Liste der Reichsten der Welt.

Die Links zu einigen Artikeln und weitere aktuelle Einträge finden Sie unter [www.INWO.de/Presse](http://www.INWO.de/Presse).

# Vorwürfe gegen Helmut Creutz und die INWO



In der Zeitschrift "Karussell-Gegenwind" (5/2005) aus Erfurt ist ein Artikel über das dortige Sozialforum erschienen. Darin werden Helmut Creutz im Zusammenhang mit der INWO "Kontakte zu rechtsextremen Kreisen" unterstellt.

Unter dem Titel "Mit Mandela für die Völker und Regiogeld" heißt es unter anderem über den Informationsstand der INWO:

"... - sie illustrierte ihre Auffassung von Ökonomie mit einem batteriebetriebenen Zahnradmodell. Original 'nach Helmut Creutz', wie es hieß, obwohl Creutz doch ob seiner Kontakte zu rechtsextremen Kreisen angeblich nichts mehr mit der INWO zu tun haben soll."

Dazu stellen wir fest, dass sich die INWO in Ihrer Analyse der Geldproblematik nach wie vor auf Arbeiten von Helmut Creutz beruft. Außerdem veröffentlichen wir im folgenden seine persönliche Stellungnahme zu den Vorwürfen.

Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagend benutzt man wie schon bei den Grünen und vor kurzem bei Attac nun auch bei der INWO wieder einmal meine Person als Hebel, um eine unliebsame Konkurrenz im Kampf für eine gerechtere Welt in die rechte Ecke zu drücken! Da aber weder in meinen Veröffentlichungen noch in meiner Vita etwas Rechtslastiges oder gar Rechtsextremes zu finden ist, konstruiert man einfach solche Kontakte:

- Weil ich bei meinen mehr als 700 Vorträgen vor etwa 20 Jahren drei Mal in einer staatlich geförderten Heimvolkshochschule war, in der angeblich vor oder nach mir auch rechte Gruppierungen getagt haben, wirft man mir Verbindungen mit diesen vor!

- Weil es bei meinen Veröffentlichungen in dutzenden Zeitschriften in einer der Redaktionen ein NPD-Mitglied gegeben hat, unterstellt man mir Kontakte zu dieser Partei!
- Weil mein Buch "Das Geld-Syndrom" in einer Verlagsgruppe erschienen ist, in die sich ein als rechts eingestufte Verleger eingekauft hat, ist auch das wieder ein Beweis für meine Rechtslastigkeit - die dann allerdings auch für Willi Brandt, Norbert Blüm, Simon Wiesenthal, Ephraim Kishon und viele andere dort gedruckte Autoren gelten müsste!

Es geht bei diesen "Beweisen" also nicht um Aufklärung, sondern nur um Verdächtigungen mit Hilfe der gleichen Kontaktketten-Methoden, mit denen bereits unter Hitler und Stalin unschuldige Menschen reihenweise in die KZs und Gulags gebracht wurden!

Ich kann verstehen, dass Mitstreiter in der Umwelt-, Sozial- und Geldreformbewegung, vor allem solche, die mich nicht persönlich kennen, durch obige Unterstellungen irritiert sein können. Deshalb nachfolgend meine tatsächlichen politischen Kontakte und Mitgliedschaften in den letzten 40 Jahren: Dritte-Welt- und Friedensgruppen, Humanistische Union, Sozialdemokratische Wählerinitiative,

Gustav-Heinemann-Initiative, Mitbegründung der Alternativen Liste und der grünen Partei in Aachen und NRW, Kandidatur für Stadtrat und Landtag, Teilnahme an den Großdemos gegen Vietnamkrieg, Notstandsgesetze und Raketen-Nachrüstung in Bonn, usw. Außerdem mehrere Jahre Mitarbeit im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, der 1973 meinen Erstling "Gehen oder kaputtgehen", als Starttitel einer Buchreihe herausbrachte, sowie Mitgliedschaft im Schriftstellerverband, der Gewerkschaft sowie der "Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung" (INWO) und "Christen für gerechte Wirtschaftsordnung" (CGW).

Alle diejenigen, die noch skeptisch sind, bitte ich, sich an Hand meiner Veröffentlichungen selbst ein Urteil über meine Person zu bilden - und vielleicht auch ein Urteil über jene, die auf die beschriebene Art und Weise mich und die mit mir in Verbindung stehenden Organisationen zu diffamieren versuchen!

**Helmut Creutz**

Mit einem Seminar will die INWO die Auseinandersetzung mit Antisemitismusvorwürfen gegen Geldsystemkritiker vertiefen. Außerdem soll die Rolle der Freiwirte in den 30er Jahren näher beleuchtet werden. Grundlage dafür ist der Text "Für eine andere Welt mit einem anderen Geld" von Werner Onken (unter [www.INWO.de](http://www.INWO.de)), der das Seminar gemeinsam mit Leopold Wonneberger vom INWO-Vorstand leiten wird. Interessenten melden sich bitte bei [Jens.Hakenes@INWO.de](mailto:Jens.Hakenes@INWO.de).

**Unterstützen Sie uns, immer mehr Menschen auf die Idee der FAIRCONOMY aufmerksam zu machen. Grundlage dafür ist eine mitgliederstarke INWO. Sorgen Sie für sinnvolles Wachstum – bei uns. Es gibt viele gute Gründe, INWO-Mitglied zu werden.**



Wir sind bei der INWO, weil...  
**wir eine glückliche Familie in einer gerechten Welt sein möchten!**  
*Familie Rau aus Stuttgart*

Ich bin bei der INWO, weil...  
**noch kein Baum in den Himmel gewachsen ist.**  
*Mathias aus Ostbrandenburg*



Ich bin bei der INWO, weil...  
**ich an die Zukunft meiner Kinder denke.**  
*Gudrun aus der Eifel*

Ich bin bei der INWO, weil...  
**Geld schon zu lange die Welt regiert.**  
*Erich aus Rotenburg/Fulda*



Ich bin bei der INWO, weil...  
**Chancengleichheit nicht von selbst kommt.**  
*Jakob aus Basel/Schweiz*

**Wenn jede(r) unter Familienmitgliedern, Freunden, Nachbarn oder Arbeitskollegen ein Mitglied wirbt, vervielfachen sich unsere Chancen! Noch mehr gute Gründe sind unter <http://www.INWO.de> zu finden.**

# Mitglieder werben Mitglieder

# Aufnahmeantrag



INITIATIVE  
FÜR  
NATÜRLICHE  
WIRTSCHAFTSORDNUNG

**INWO Versand  
Sambach 180**

**96178 Pommersfelden**

Fax: (0 12 12) 5 12 59 71 40 E-Mail: Versand@INWO.de

## **Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!**

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift "FAIRCONOMY".

- Ich spende regelmäßig einen zusätzlichen Beitrag von monatlich \_\_\_\_\_ €.  
 Ich spende einmalig \_\_\_\_\_ €.  
 Ich bin Schüler(in) / Student(in) / Auszubildende(r) / erwerbslos und zahle monatlich nur 2 €  
 Ich beantrage vorübergehend einen monatlichen Beitrag von 1 € und verzichte auf das Abo

Eine Spendenquittung wird automatisch für Beträge ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

Bitte in Blockbuchstaben ausfüllen:

_____ Vorname		_____ Name	
_____ Straße		_____ Postleitzahl	_____ Ort
_____ E-Mail-Adresse		_____ Tel.	_____ Fax
_____ Datum	_____ Unterschrift		

\_\_\_\_\_ hat mich bei der Aktion "Mitglieder werben Mitglieder" geworben.

Die folgenden Angaben sind freiwillig und werden anonymisiert behandelt:

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum bzw. Jahrgang

\_\_\_\_\_  
Beruf/Tätigkeit

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und ggf. durch Beauftragte der INWO zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter!

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und ggf. die zusätzliche Spende von meinem

Konto Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ bei der \_\_\_\_\_

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

# Die Arbeitsgruppen und Mailinglisten der INWO

Aktiventreffen gibt es in der Regel zweimal pro Jahr. Ansonsten werden die INWO-Projekte per Telefon, E-Mail und Internet weiter entwickelt. Über Mailinglisten sind die Aktiven miteinander verbunden und können sich austauschen. Eine Online-Arbeitsplattform für eine noch leichtere und effizientere Zusammenarbeit ist derzeit im Testbetrieb. Wer mitmachen will, schreibt einfach E-Mail oder meldet sich in der INWO-Geschäftsstelle.

## AG Internet

Internet@INWO.de

Die AG Internet ist verantwortlich für die Online-Aktivitäten der INWO: von den Internetseiten, über Newsletter bis hin zur Online-Arbeitsplattform (eGroupware).

## AG Jugendprojekte

Jugend@INWO.de

Die AG Jugendprojekte spricht eine neue Zielgruppe der INWO an. Bisher sind die Materialien vor allem für Erwachsene gemacht. Nach und nach sollen Angebote für jüngere Menschen aufgebaut werden.

## AG Materialgestaltung

Material@INWO.de

Die AG Materialgestaltung entwirft und überarbeitet die Materialien der INWO.

## AG Regionalgruppen

Regional@INWO.de

Die AG Regionalgruppen ist Anlaufstelle für alle, die Ansprechpartner werden oder Regionalgruppen gründen möchten. Sie verknüpft die INWOler vor Ort miteinander und sorgt für den Austausch von Erfahrungen.

## AG Zeitschrift

Zeitschrift@INWO.de

Die AG Zeitschrift kümmert sich um die FAIRCONOMY, die gemeinsame Zeitschrift der INWO in Deutschland und der Schweiz.

Nicht nur für die Arbeitsgruppen gibt es Mailinglisten. Eintragwünsche bitte per E-Mail an Versand@INWO.de senden.

## Mailingliste Aktiv

Die Aktiven sind wie oben beschrieben über eine eigene Mailingliste miteinander verbunden. Dort können Sie sich untereinander austauschen, um beispielsweise gemeinsame Aktionen vorzubereiten oder wichtige Terminhinweise weiterzugeben. Alle INWO-Mitglieder, die sich aktiv einbringen wollen, sind aufgerufen, uns Ihre E-Mailadresse zuzusenden!

## Mailingliste Regiogeld

Mit Hilfe dieser Mailingliste koordinieren die Regiogeld-Interessierten und -macher unter den INWO-Mitgliedern Ihre Arbeit.

## Mailingliste Diskussion

Wer mit Internet-Foren nicht viel anfangen kann oder mit anderen INWO-Mitgliedern einfach noch mehr über die Geld- und Bodenreform diskutieren möchte, ist hier genau richtig.

Außerdem bieten wir weitere Informationen per E-Mail an...

## Mitglieder-Newsletter

Sämtliche Mitglieder, die uns Ihre E-Mailadresse mitgeteilt haben, erhalten den Mitglieder-Newsletter. Er wird in der Regel zwischen den Ausgaben unserer Zeitschrift FAIRCONOMY verschickt und enthält zusätzliche, aktuelle Informationen. Außerdem gelangen so eilige und wichtige Informationen wie Einladungen zur Mitgliederversammlung kostengünstig zu den Mitgliedern. Deswegen unsere Bitte an alle Mitglieder: Teilen Sie uns bitte immer Ihre aktuelle E-Mailadresse mit!

## FAIRCONOMY-Newsletter

Mit dem FAIRCONOMY-Newsletter informieren wir Interessenten (Nicht-Mitglieder) über die wichtigsten Neuigkeiten in Sachen Geld- und Bodenreform. Unter <http://www.INWO.de> können rechts oben neue E-Mailadressen eingetragen werden.

## INWO-Angebote & Service

Neben Öffentlichkeitsarbeit geht es bei der INWO vor allem um Bildung. Die Geschäftsstelle vermittelt kompetente **Referenten**, die zu verschiedenen Themenschwerpunkten spannende Vorträge halten, an Diskussionen und Konferenzen teilnehmen.

Mehrmals im Jahr veranstaltet die INWO **Seminare**, unter anderem zu unserer Idee der FAIRCONOMY, einer gerechten Wirtschaftsordnung. Dabei stehen Experten wie Helmut Creutz oder Prof. Wolfgang Berger für Fragen zur Verfügung und die Arbeit der INWO wird vorgestellt.

Der INWO-**Versand** bietet eine Vielzahl von Informationsmaterialien an. Von kostenlosem Werbematerial und günstigen Flyern und Bierdeckeln zum Verteilen, über T-Shirts, Broschüren, Hörspiel-CDs und Videos bis hin zu grundlegenden Büchern.

INWO-Geschäftsstelle  
Klaus Popp  
Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf  
Telefon: 02 11 - 30 41 05  
(Di.-Fr., 9-11 Uhr)  
E-Mail: Klaus.Popp@INWO.de

INWO-Versand  
Sambach 180, 96178 Pommersfelden  
Telefon: (0 95 02) 92 13 66  
Fax: (0 12 12) 5 12 59 71 40  
E-Mail: Versand@INWO.de  
URL: [www.INWO.de/Shop](http://www.INWO.de/Shop)

# INWO vor Ort

In zahlreichen Städten und Regionen ist die INWO bereits durch Ansprechpartner oder Regionalgruppen vertreten, die vor Ort für die INWO aktiv sind.

Wenn Sie mitmachen wollen, schreiben Sie einfach eine E-Mail. Anfragen per Post oder Telefon richten Sie bitte an die Geschäftsstelle der INWO (Adresse siehe Vorderseite). Dort können Sie sich auch melden, wenn Sie Ansprechpartner werden oder eine Regionalgruppe gründen wollen.

## Ansprechpartner

Aachen@INWO.de  
Chemnitz@INWO.de  
Eichsfeld@INWO.de  
Eifel@INWO.de  
Essen@INWO.de  
Franken@INWO.de  
Halle@INWO.de  
Hannover@INWO.de  
Karlsruhe@INWO.de  
Lueneburg@INWO.de  
Muenchen@INWO.de  
Muenster@INWO.de  
Oldenburg@INWO.de  
Ostbayern@INWO.de  
Rheinland@INWO.de  
Thueringen@INWO.de

## Regionalgruppen

Berlin  
Berliner Initiative Neutrales Geld (BING)  
E-Mail: Berlin@INWO.de  
Treffen: jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Auskunft zum Ort per E-Mail

Dresden  
AG NWO (Natürliche Wirtschaftsordnung)  
E-Mail: Dresden@INWO.de  
Treffen: jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr, Umweltzentrum (Büro der Grünen Liga), Schützengasse 18

Düsseldorf  
E-Mail: Duesseldorf@INWO.de  
Treffen: jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr, Cafe Modigliani, Wissmannstraße 6



(am Friedensplätzchen)

Frankfurt/Main  
E-Mail: Frankfurt@INWO.de  
Treffen: jeden ersten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Indefinite im Sandweg 64

Köln  
E-Mail: Koeln@INWO.de  
Treffen: jeden dritten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Gebäude "Steigeturm", Melchiorstr. 3, Nähe Ebertplatz

Leipzig  
INWO-Regional und Hochschulgruppe  
E-Mail: Leipzig@INWO.de  
Treffen: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat um 19 Uhr, Auskunft zum Ort per E-Mail

Nordhessen  
Freiwirtschaftliche Initiative Nordhessen (FIN)  
E-Mail: Nordhessen@INWO.de  
Telefon: (0 66 23) 41 22 8 oder 41 31 8

Potsdam  
Potsdamer Initiative Neutrales Geld (PING)  
E-Mail: Potsdam@INWO.de

Treffen: jeden Dienstag um 18.30 Uhr, Auskunft zum Ort per E-Mail

Stuttgart  
E-Mail: Stuttgart@INWO.de  
Treffen: jeden ersten Dienstag im Monat um 19 Uhr, Forum3 in der Gymnasiumstraße

Wuppertal  
E-Mail: Wuppertal@INWO.de  
Treffen: jeden zweiten Dienstag im Monat um 20 Uhr,  
Landhaus Dreyer, Vogelsangstraße 159 (Uellendahl)

## Kontaktadresse & Regionalgruppen der INWO Schweiz

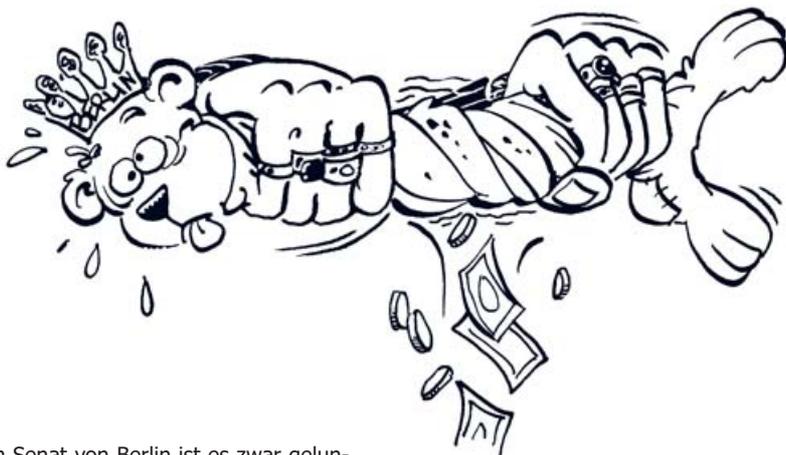
INWO Schweiz Sekretariat  
Bahnhofstr. 102 / Postfach  
5001 Aarau  
Sprechzeiten: jeweils Mittwoch von 10-12 und 14-16 Uhr  
Telefon: 062 8228486  
Fax: 062 8236755  
E-Mail: contact@inwo.ch  
PC-Kto: 30-1771-2

Basel E-Mail: basel@inwo.ch  
Bern E-Mail: bern@inwo.ch  
Chur E-Mail: chur@inwo.ch  
St. Gallen E-Mail: stgallen@inwo.ch  
Zürich E-Mail: zuerich@inwo.ch



"Berlin ist arm, aber sexy. Ich wünsche Ihnen schlaflose Nächte, geben Sie Ihr Geld aus, die Hauptstadt kann es gebrauchen." Mit diesen Worten versuchte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit im Juni die Teilnehmer des Deutschen Städtetages in seiner Begrüßungsrede für sich zu gewinnen.

Die finanzielle Lage der Stadt ist miserabel. Im Doppelhaushalt 2006/2007 ist ein Loch von 900 Millionen Euro zu schließen, und das bei wachsenden Schulden und rückläufigen Steuereinnahmen. Der Schuldenberg wird im laufenden Jahr auf über 60 Mrd. Euro wachsen. Im Jahre 2004 war Spree-Athen unter den Bundesländern Spitzenreiter bei der Neuverschuldung. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag Ende vorigen Jahres bei 15.507 Euro (zum Vergleich: Bremen 17.013, Hamburg 11.721, Bayern 1.709 Euro).



Dem Senat von Berlin ist es zwar gelungen, in vielen Bereichen umzusteuern. Die jährlichen Ausgaben sind u.a. für Personal und Investitionen gegenüber 2001 um 310 Millionen Euro gesunken. Im Finanzsektor hat es aber bei den Zinsausgaben mit der Kürzung nicht geklappt, sie sind gegenüber 2001 um 242 Millionen Euro gestiegen. Im Jahr 2004 mussten 2,3 Mrd. Euro Zinsen für Kredite bezahlt werden. Für die allgemeinbildenden Schulen zum Beispiel, die es weiterhin bitter nötig haben, wurden nur ca. 1,7 Mrd. Euro ausgegeben.

Die Zinslasten werden wegen der hohen Verschuldung weiter steigen, obwohl das Zinsniveau in Deutschland zur Zeit sehr niedrig ist. Für 2006 sind bereits 3,1 und für 2007 weitere 2,6 Milliarden Euro neue Schulden geplant. In drei Jahren – so hat der Finanzsenator errechnet – wird Berlin ca. 457 Millionen Euro Zinsen mehr als zur Zeit aufbringen müssen, das wären dann 2,78 Mrd. Euro jährlich - vorausgesetzt die Zinsen bleiben auf dem niedrigen Niveau, sonst wird's noch teurer.

Auf einer Klausurtagung des Senats Anfang Juni wurde darum gerungen, wie es weitergehen soll. Das Ergebnis: Eine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer sowie von Gebühren in anderen Bereichen kommt wegen der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage 2006 und 2007 definitiv nicht in Betracht. Auch eine noch höhere Neuverschuldung soll vermieden werden. Ein nach beschlossenen weiteren Ausgabenkürzungen noch verblei-

# Berlin

## Schuldenhauptstadt

### Kreis größter Zinszahler

endes 520-Millionen-Defizit will man mit folgendem Trick ausgleichen: Inanspruchnahme der Bank-Vorsorge, weitgehender Verzicht auf die Rückstellungen von jährlich 300 Millionen Euro, die 2001 nach dem Berliner Bankenskandal zwecks Übernahme der Risiken aus den verlustreichen Immobiliengeschäften beschlossen worden waren. Die bereitgestellten Mittel wurden in den vergangenen Jahren kaum abgerufen. Man hofft, dass dies so bleiben wird. Noch wenige Tage vorher hatte Klaus Wowereit diesen Weg allerdings abgelehnt mit der Begründung, die Ausgaben für die Bank würden künftig steigen.

Falls die Bankgesellschaft die vorgesehenen Mittel doch benötigt, muss Berlin in späteren Jahren umso mehr Schulden machen, zumal sich Kürzungspolitik - kaschierend als Sparen bezeichnet - nicht unendlich fortsetzen lässt. Und was ein Ende 2007 fälliger Verkauf der Bank einbringen wird, ist völlig offen.

Im Nachleben der Hauptstadt setzt so mancher alles auf eine Karte. Riskiert auch der Senat ein Vabanque-Spiel? Und wird dem Hauptproblem nicht weiterhin ausgewichen? Eine Verringerung der Schulden und der Zinslasten ist jedenfalls nicht in Sicht.



**Josef Hüwe**, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

## Raus aus den Hinterzimmern!

Provokante Aussagen zu den verschiedensten Themen will die INWO Schweiz unters Volk bringen. Nach zweimonatiger Vorbereitungszeit haben sich viele junge und einige ältere Mitglieder und Sympathisanten aufgemacht, um die Strassen mit Flyern zu erobern und auf das Wirken der INWO hinzuweisen.

Mit E-Mails, Plakaten und Einladungen im Kleinformat (siehe Abbildung) wurden zunächst junge Menschen an Bahnhöfen, Schulen und Universitäten auf die Aktion aufmerksam gemacht. Auf der Internetseite der INWO Schweiz gab es weitere Informationen, die Möglichkeit sich anzumelden und Werbematerial, um selbst weitere Helfer zu suchen.

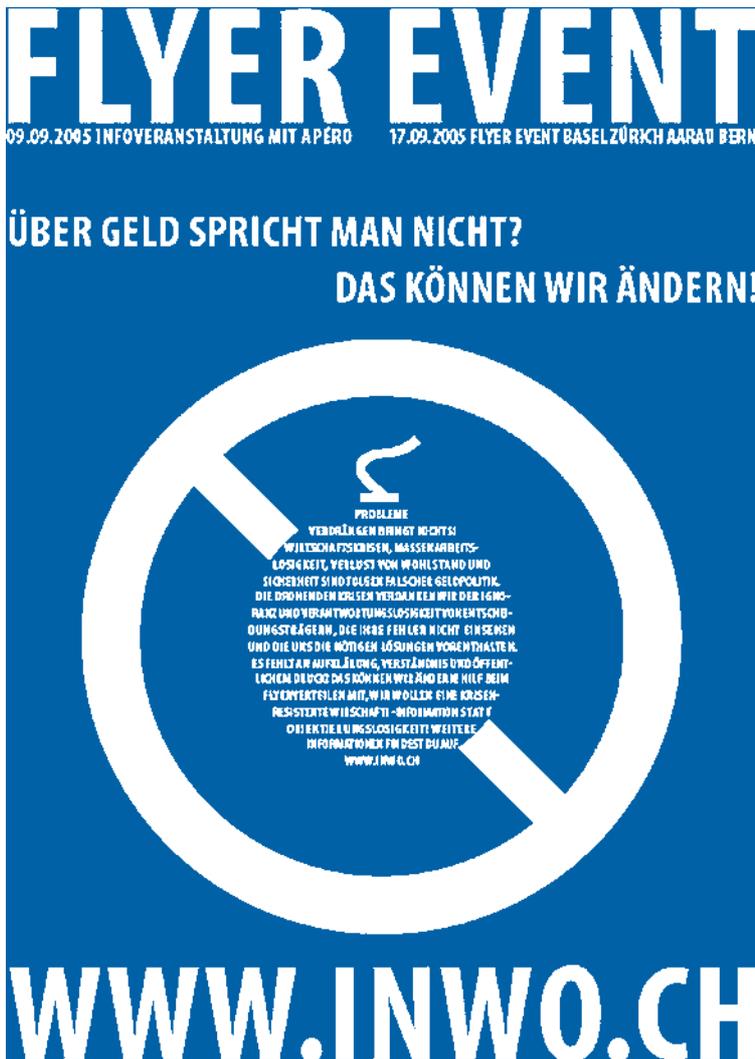
Nach zweimonatiger, intensiver Vorbereitungszeit begann dann die heisse Phase des Flyer-Events. Knapp eine Woche vor dem Startschuss trafen sich die Helfer, um sich mit einer Informationsveranstaltung auf die Verteilaktion vorzubereiten. Marco Lustenberger, Präsident der INWO Schweiz, analysierte in seinem Vortrag die negativen Aus-

wirkungen der aktuellen Geldpolitik und gab einen Einblick in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Projektleiter Jakob Schneider beleuchtete in einem Workshop unter anderem die wichtigsten psychologischen Aspekte bei derartigen öffentlichen Auftritten.

Ausgestattet mit roten T-Shirts mit dem Aufdruck "70% Cotton – 30% Zins" und [www.INWO.ch](http://www.INWO.ch) (Restbestände sind noch vorhanden und werden zum Selbstkostenpreis abgegeben!) machten sich die Freiwilligen dann an einem Samstagmorgen Mitte September an die Arbeit. Neben den sieben verschiedenen Flyern und T-Shirts gab es auch eine Wegleitung mit Tipps und Vorschlägen für das Ansprechen von Passanten. Treffpunkt waren die Bahnhöfe in Aarau, Bern, Basel, Freiburg, St. Gallen und Zürich. In Zweiergruppen machten sich die jungen Leute unterstützt durch INWO-Mitglieder auf den Weg durch die Städte.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten - offenbar sind vor allem die Züricher ausgesprochene Langschläfer - wurden reichlich Flyer verteilt und vor allem jede Menge Erfahrungen gesammelt. Während einige sich auf das Ansprechen konzentrierten und verschiedene Fragen oder Aussagen testeten, waren andere hauptsächlich damit beschäftigt, einen Flyer nach dem anderen den vorbeieilenden Passanten in die Hand zu drücken. Dem hektischen Treiben zum Trotz nahmen sich viele Empfänger auch Zeit, um aufmerksam die Texte zu lesen. Einige liessen sich auch auf ein Gespräch ein. Gegen Mittag wurden vielerorts die Flyervorräte aufgefüllt und erste Erfahrungen ausgetauscht. Am Nachmittag waren dann schliesslich sage und schreibe 10.000 Flyer verteilt und die erste Kontaktstufe des Projekts "Volkswirtschaftliche Alphabetisierung" erfolgreich beendet.

In der zweiten Kontaktstufe erhalten die Menschen, bei denen Interesse geweckt werden konnte, nun die so genannten "Fundamente". Sie enthalten möglichst allgemeinverständliche Texte, die einige der aktuellen Sorgen der Schweizer Bevölkerung wie Arbeitslosigkeit, Schulden, Wachstumsschwäche und fehlendes Geld für die Sozialkosten beleuchten. Die Broschüre gibt Hinweise, wo versteckte Ursachen liegen, die von den Medien (noch) nicht thematisiert werden. Ausserdem ist zu lesen, welche Literatur empfehlenswert ist und wo Treffs und Informationsveranstaltungen der INWO Schweiz stattfinden.



**FLYER EVENT**  
09.09.2005 INFOVERANSTALTUNG MIT APÉRO 17.09.2005 FLYER EVENT BASEL ZÜRICH AARAU BERN

**ÜBER GELD SPRICHT MAN NICHT?  
DAS KÖNNEN WIR ÄNDERN!**

**PROBLEME**  
VERDÄUEN DEN DRITTEL NICHTS!  
WIRTSCHAFTSPANIKEN, MASSESARBEITS-  
LOSIGKEIT, VERLUST VON MIHLSTAND UND  
SICHERHEIT SIND FOLGEN FALSCHER GELDPOLITIK.  
DIE DOPPELTEN KOSTEN VERDÄUEN BEI DER ISOM-  
RANG UND VERANTWORTUNGSLÖSUNG VON ENTSCHEI-  
DUNGSTRÄGERN, DIE IRRE FÄHLEN NICHT EINSEHEN  
UND DIE UNS DIE NÖTIGEN LÖSUNGEN VORZENTHALTEN.  
ES FEHLT AN AUFKLÄRUNG, VERSTÄNDNIS UND ÖFFENT-  
LICHEM DRUCK DAS KÖNNEN WIR ÄNDERN. HILF BEI  
FLYER VERTEILEN MIT, WENN DU WOLLEST. EINE KRISEN-  
RESISTENTE WIRTSCHAFTLICHE - INFORMATIONEN SIEHST DU  
ORIENTIERUNG WIRTSCHAFTLICHE WEITERE  
INFORMATIONEN FÜR DICH SELBST  
[WWW.INWO.CH](http://WWW.INWO.CH)

**WWW.INWO.CH**

# Neue Arbeitsgruppen und erste Ergebnisse

Bei einem Treffen in St. Gallen wurden zwei neue Schwerpunkte für die zukünftige INWO-Arbeit in der Schweiz herausgearbeitet.

Die Gruppe "Hochschulkontakte" bemüht sich, die NWO-Ideen in Diskussionen an Universitäten und Fachhochschulen der Ökonomie und der Sozialwissenschaften einzubringen.

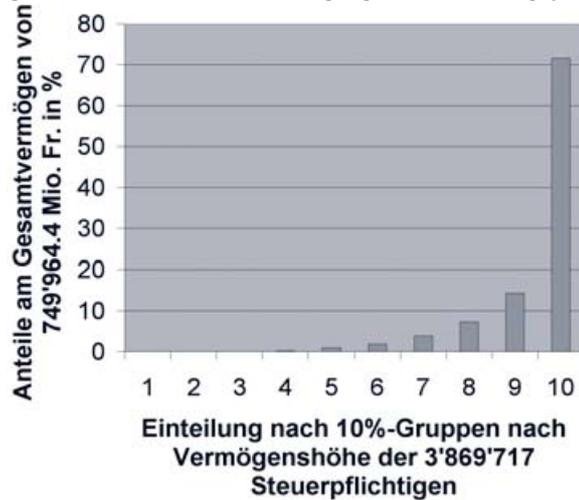
Die Gruppe "Gegenpol" versucht als mediale Stimme die neoliberalen Think Tanks (economicsuisse & Avenir Swiss) im Hinblick auf eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu reflektieren. Dieses ambitionierte Projekt könnte Unterstützung finden im neu gegründeten Denznetz "Kontrapunkt". Als Name ist "fairconomy swiss" im Gespräch.

Das schon länger existierende Projekt "Schweizer Zahlen zur Volkswirtschaft" macht in Analogie zu den Zahlen von Helmut Creutz für Deutschland auch die Schweiz transparent. Ein erstes bemerkenswertes Ergebnis ist die Tabelle zur Vermögensverteilung in der Schweiz (siehe Abb.).

Die INWO Schweiz hat außerdem die Arbeiten an einem neuen Leitbild aufgenommen. Anfang 2006 soll der Prozess nach aussen geöffnet werden. Alle INWO-Mitglieder und unsere Sympathisanten erhalten eine Einladung, um daran mitzuarbeiten. Wer Interesse hat, kann sich schon jetzt per E-Mail (contact@inwo.ch) bei Paul Rentsch melden.

## Vermögensverteilung der natürlichen Personen in der Schweiz für das Jahr 1997

Reinvermögen gemäss Steuererklärungen (Aktiven abzüglich Passiven, vor Berücksichtigung der Sozialabzüge)



# Kurzfassung des Jahresberichts 2004/05 der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Neben der Wahrnehmung ihrer eigenen Aufgaben wie der Herausgabe der "Zeitschrift für Sozialökonomie" sowie der Unterhaltung und Pflege der "Freiwirtschaftlichen Bibliothek" und über ihre allgemeine Förderung freiwirtschaftlicher Organisationen hinaus hat die Stiftung im Berichtszeitraum wieder eine Reihe von besonderen Initiativen aus dem Bereich der Geld- und Bodenreform gefördert bzw. honoriert.

Ein Schwerpunkt der Fördertätigkeit der Stiftung lag diesmal im Bereich der Regionalgeld-Idee und den verschiedenen Regionalwährungs-Initiativen. So hat die Stiftung Christian Gelleri mit einem Preis ausgezeichnet für seine grundlegenden Aufsätze zu Zielen und Funktionsbedingungen eines Regiogeldes und für die praktische Umsetzung der Idee im Chiemgauer. Sie hat die Diplomarbeit von Katharina Schwaiger gefördert, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Regiogeld und Gemeinwesenarbeit befasst, und die Erstellung eines Glossars über wichtige Begriffe im Regionalgeld-Zusammenhang unterstützt, das im Internet unter <http://www.regiogeld.de/347.0html> eingesehen werden kann. Schließlich sei erwähnt das von der Stiftung geförderte Erscheinen des Buches von Robert Musil über "Geld. Raum. Nachhaltigkeit.", das u. a. die Chancen behandelt, die Komplementärwährungen einer nachhaltigen Regionalentwicklung bieten, und die Unterstützung von Ralf Becker, der sich um den Aufbau eines Netzwerks zwischen den Regionalwährungen bemüht, um durch Erfahrungsaustausch die Effizienz der Arbeit dieser Initiativen zu verbessern.

Mit einem Preis ausgezeichnet wurde darüber hinaus das Buch "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" von Roland Wirth, das aus wirtschaftsethischer Sicht zu einer durchweg positiven Beurteilung der freiwirtschaftlichen Konzeption einer Reform der Geld- und Bodenordnung kommt. Unterstützt wurde außerdem die Veröffentlichung

über "Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende" von Werner Onken im Gauke-Verlag für Sozialökonomie.

Außerdem sieht das große, von der Stiftung geförderte Projekt, die Gesamtausgabe der Werke Silvio Gesells auf CD-ROM zu bringen, seiner Vollendung entgegen. Mit dem Erscheinen ist im ersten Quartal 2006 zu rechnen.

Schließlich hat die Stiftung im Berichtszeitraum ihren Internetauftritt unter [www.stiftung-geld-boden.de](http://www.stiftung-geld-boden.de) neu eingerichtet und das Faltblatt mit ihrer Selbstdarstellung neu gestaltet. Im Auftrag der Stiftung entsteht außerdem unter [www.silvio-gesell.de](http://www.silvio-gesell.de) eine neue Internetseite über Gesells Leben und Werk. Weitere wichtige Hinweise, auch zu Aktivitäten der Stiftung, finden sich unter [www.sozialökonomie.info](http://www.sozialökonomie.info) und [www.gauke.net](http://www.gauke.net).

Der Stiftungsvorstand dankt allen, die der Stiftung schon bisher durch Rat, Tat und finanzielle Zuwendungen ihre für die Geld- und Bodenreformbewegung so notwendige Fördertätigkeit ermöglicht haben. Leider reichen die Erträge des Stiftungskapitals nicht aus, um die vorstehend skizzierte, vielfältige und vom Stiftungsvorstand für notwendig gehaltene Fördertätigkeit langfristig zu finanzieren. Die Stiftung ist daher auf laufende Spenden, Zustiftungen und testamentarische Zuwendungen angewiesen. Deshalb verbindet der Stiftungsvorstand mit dem Dank an die bisherigen Förderer die Bitte an alle, denen es möglich ist, bei ihren diesbezüglichen Dispositionen der Stiftung durch finanzielle Zuwendungen die Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu ermöglichen. Informationen zu den neuen, wesentlich verbesserten steuerlichen Vorschriften über Zuwendungen an gemeinnützige Stiftungen schicken wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.

Fritz Andres, 1. Vorsitzender, Dhauner Str. 180, 55606 Kirn  
Bankverbindung der Stiftung: Kontonummer 1017/247618 bei der Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)

# Bürgergeld durch Mehrwertsteuererhöhung?

Deutschland braucht ein Bürgergeld und nur noch eine Steuer - davon ist Götz W. Werner überzeugt. Der Chef einer erfolgreichen Drogeriemarktkette äußerte seine Thesen zuletzt in verschiedenen Medien und startete dafür auch eine eigene Werbekampagne mit Anzeigen für hunderttausende Euro.

Arbeitsplätze zu schaffen, ist laut Werner nicht die (Haupt-)Aufgabe der Wirtschaft. Letztere soll im Gegenteil die Menschen von der Arbeit befreien. In der Tat, so auch die Auffassung der FAIRCONOMY, können zunehmende Produktivitätsfortschritte und Rationalisierungsmaßnahmen zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung führen. In einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft bedeutet dies mehr Freizeit für alle bei vollem Lohn.

## Monetäre Ursachen der Erwerbslosigkeit

Dies gelingt jedoch nur auf der Grundlage eines dauerhaften, um Null schwankenden Niedrigstzinsniveaus. Nur dann kann der Löwenanteil des Sozialprodukts der arbeitenden Bevölkerung zufließen. Unter heutigen Bedingungen hingegen wird ein ständig wachsender Teil des 'Wirtschaftskuchens' automatisch zu Kapitaleinkommen. Dies führt zwangsläufig zu Lohnsenkungen und steigender Arbeitslosigkeit. Der Sachverhalt wurde in dieser Zeitschrift immer wieder dargestellt.

Doch diese Zusammenhänge, die monetären Ursachen der Erwerbslosigkeit, werden von Werner ausgeklammert. Er propagiert ein bedingungsloses Bürgergeld von 1.300 bis 1.500 Euro pro Monat, das schrittweise über einen längeren Zeitraum eingeführt werden soll. Problematisch ist die Finanzierung dieses Grundeinkommens durch eine Mehrwertsteuererhöhung von bis zu 48 Prozent. Dafür sollen alle anderen Steuern abgeschafft werden.

## Reicht eine Steuer für alles?

Nimmt man eine z.B. Vervierfachung des Mehrwertsteueraufkommens an, dann kämen

etwa 440 Milliarden Euro im Jahr zusammen. Geht man von einem Bürgergeld in Höhe von 1.500 Euro im Monat, also 18.000 Euro im Jahr aus, dann würde dieses Mehrwertsteueraufkommen nur für knapp 25 Millionen Menschen reichen.

In der Bundesrepublik Deutschland leben allerdings ca. 80 Millionen Menschen. Selbst wenn das Grundeinkommen nach Werner nur an Erwachsene über 18 Jahre ausbezahlt würde, wie mancherorts zu lesen ist, sind das immer noch ca. 65 Millionen Menschen. Selbst eine vervierfachte Mehrwertsteuer würde also nicht für die Finanzierung reichen. Ganze 1,44 Billionen Euro würden pro Jahr fällig, wenn alle in Deutschland lebenden Menschen ein monatliches Bürgergeld in Höhe von 1.500 Euro erhalten sollen. Für diese Summe müsste man die Mehrwertsteuer-Einnahmen des Staates gegenüber heute etwa verdreizehnfachen. Damit läge man bei einem Mehrwertsteuersatz von mindestens 150 Prozent.

Da es nach Werners Vorstellung künftig keine anderen Steuerarten mehr geben soll, fragt

"Die Einkommenssicherung zwingt uns zur Arbeit, aber dieser Zwang ist als Motivation denkbar ungeeignet, er leitet letztlich Arbeit fehl. Die Menschen wollen arbeiten, wenn es Sinn ergibt und ihren Fähigkeiten entspricht. Außerdem hätte es niemand mehr nötig, bei einem Unternehmen zu arbeiten, das einen schlechten Ruf hat oder mit deren Produkten er sich nicht identifizieren kann." (Götz Werner, Frankfurter Rundschau vom 23.09.2005)



Götz W. Werner – Unternehmer mit bemerkenswerten Ideen

man sich, wie die 'restlichen' Staatsausgaben dann eigentlich finanziert werden sollen. Immerhin sind da die Bereiche Bildung, Forschung, Verkehr und viele, viele andere. Offen bleibt auch, ob Kranken- und Rentenversicherung reine Privatsache werden sollen. Kurzum: Fragen über Fragen an den erfolgreichen Unternehmer.

## Folgen der Geld(un)ordnung unberücksichtigt

Dass über eine Veränderung unseres unüberschaubaren und in vielfacher Hinsicht ungerechten Steuersystems nachgedacht werden muss, steht außer Frage. Es scheint allerdings naiv, das bisherige Geldsystem beibehalten zu wollen und allein auf eine steuerliche 'Lösung' zu setzen. Die Umverteilung von den Arbeitenden zu den Besitzenden bleibt dann einfach weiter bestehen.

Da die Löhne voraussichtlich um den Betrag des Grundeinkommens sinken und nicht sicher ist, ob die Unternehmen diesen Vorteil in voller Höhe über fallende Nettopreise an die Kunden weitergeben, könnte die Mehrwertsteuererhöhung zu einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten führen. Bei nicht wenigen Haushalten könnte diese Teuerung die zu

erwartende Entlastung durch den Wegfall der anderen Steuerarten deutlich übersteigen. Falls das Bürgergeld erst ab 18 Jahren ausbezahlt würde, wären zudem Familien erheblich im Nachteil.

Vorteile verschafft Werners Vorschlag insbesondere der Exportwirtschaft. Weil die deutschen Firmen durch die Senkung der Unternehmenssteuern und die sinkenden Lohnkosten günstiger produzieren können, werden sie auf dem Weltmarkt noch wettbewerbsfähiger. Wir haben aber schon jetzt hohe Exportüberschüsse. Wie in FAIRCONOMY Nr. 2 ausführlich dargelegt ist dies nicht einfach positiv zu bewerten, denn steigende Exportüberschüsse bei uns sind mit zunehmenden Exportdefiziten und Verschuldung anderswo verbunden. Profitieren würden außerdem ausgerechnet die vermögenden Schichten der Bevölkerung, die nur einen kleinen Teil ihrer erheblichen Einkünfte für Konsumausgaben verwenden müssen, dafür aber ihre Überschüsse in Finanzanlagen stecken können.

"Deutschland würde zu einem Investitions- und Arbeitsparadies werden. Viele motivierte Menschen, die nur das machen, was sie können und für sinnvoll halten. Und insbesondere würde die Arbeit am Menschen und in der Kultur wieder bezahlbar." (Götz Werner, FR vom 23.09.2005)

Weil Werner die Zinsen auf Vermögen und auf Zinsen für ganz normale Einkommen hält, sieht er keine Notwendigkeit für eine verbesserte Geldordnung. Mit seiner Steuerreform wären aber die immer gravierender werdenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen des heutigen Zinssystems in keiner Weise aufzuhalten. Allein wegen der zinsbedingten Vermögensumverteilung von unten nach oben braucht es im heutigen System eine Steuerprogression. Geld für das steigende Sozialbudget kommt nämlich nur herein, wenn die Menschen mit höheren Arbeitseinkommen auch mehr Steuern zahlen als Geringverdiener.

Eine Geldreform hingegen würde die Sozialsysteme merklich entlasten. Ein Grundeinkommen könnte dann auch geringer ausfallen, da das Geldverdienen zum Lebensunterhalt in einer dann viel entspannteren Arbeitswelt nicht mehr so problematisch wäre wie heute.



Segen Bürgergeld – Staubsauger Zins

### Kennt Werner Steiners Zinskritik nicht?

Götz W. Werner wird als Anthroposoph bezeichnet. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass die Ausführungen Rudolf Steiners zum Geldwesen und seine Kritik am Zinsszins sowie seine Anregung eines 'alternen Geldes' von Werner inhaltlich nicht aufgegriffen werden. Steiner sagt: "Es gibt heute etwas höchst Unnatürliches in der sozialen Ordnung, das besteht darin, dass das Geld sich vermehrt, wenn man es bloß hat. Man legt es auf eine Bank und bekommt Zinsen. Das ist das Unnatürlichste, was es geben kann. Es ist eigentlich ein bloßer Unsinn. Man tut gar nichts; man legt sein Geld, das man vielleicht auch nicht erarbeitet, sondern erbt hat, auf die Bank und bekommt Zinsen dafür. Das ist ein völliger Unsinn." ("Die soziale Grundforderung unserer Zeit") Ähnlich wie Werner trat Rudolf Steiner zwar auch für Konsumsteuern ein, war darüber hinaus aber für eine Einbeziehung von Geldanlagen in die 'Ausgabenbesteuerung'. Die wichtigsten Lebensbedürfnisse seien gering zu besteuern; die weniger wichtigen stärker. "Das Bankdepot ist Ausgabe." (Roman Boos (Hrsg.): R. Steiner, Sozialwissenschaftliche Texte.)

### Geld muss altern

Steiner kommt zu dem Schluss, dass sich Geld abnutzen sollte: "Wie die anderen Dinge stinkend werden, so auch das Geld. So trägt das Kapital keine Zinsen, aber es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß das, was früher gearbeitet wurde, in einer künftigen Leistung enthalten ist!" ("Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und

zur Zeitlage 1915-1921"). Weiter heißt es: "Es gibt keinen Zins vom Zins. Den kann es nicht geben, ferner auch nicht ein beliebiges Arbeitenlassen des Kapitals." ("Betriebsräte und Sozialisierung")

An die Geldreform der FAIRCONOMY erinnert folgendes Zitat: "Und damit Geld, das nicht in Produktionsbetrieben arbeitet, nicht mit Umgehung der Maßnahmen der Wirtschaftsorganisation von Inhabern zurückbehalten werde, kann Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden. Aus solchen Verhältnissen wird sich allerdings auch ergeben, dass der Zinsbezug von einem Kapitale im Laufe der Zeit sich immer verringere. Das Geld wird sich abnutzen, wie sich Waren abnutzen. Doch wird eine solche vom Staate zu treffende Maßnahme gerecht sein. 'Zins auf Zins' wird es nicht geben können" ("Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft").

Und im Rahmen eines nationalökonomischen Seminars im August 1922 verwendet Steiner das Bild von der Alterung des Geldes: "Daraus folgt unmittelbar, daß das Geld alt werden muß. Es handelt sich lediglich darum, auf welche Weise man das technisch ausführen kann." Ein Ignorieren der Konsequenzen des heutigen Geldsystems habe laut Steiner fatale Folgen, die soziale Unordnung, das soziale Chaos, würde über uns hereinbrechen ("Nationalökonomisches Seminar") – und damit genau das Gegenteil von dem, was Götz W. Werner mit seiner Kampagne erreichen will.

### Das Ressourcen-gestützte Grundeinkommen

Auch aus dem Gedankengut Silvio Gesells lassen sich Vorschläge zur Finanzierung eines Bürgergeldes ableiten. Diese setzen, ganz ähnlich wie bei Götz W. Werner, auf Verbrauchssteuern, differenzieren dabei aber: eine Steuer auf Umwelt- und Ressourcenverbrauch und eine so genannte Bodenwertsteuer, eine Verbrauchssteuer auf Bodennutzung, die die Bodenrente abschöpft. INWO-Vorstandsmitglied Alwine Schreiber-Martens hat die Vorschläge unter dem Titel "Das Ressourcen-gestützte Grundeinkommen" in der FAIRCONOMY Nr. 2 vom September 2005 vorgestellt. Der Artikel ist unter <http://www.INWO.de> zu finden und kann per E-Mail an [Koeln@INWO.de](mailto:Koeln@INWO.de) (Stichwort: Grundeinkommen) als pdf-Datei bestellt werden.

# Der Global Marshall Plan— Retter des Kapitalismus?

Es klingt wie ein modernes Märchen: Versprochen wird "das Ende von Armut und Umweltzerstörung". Zumindest ist dies der Untertitel eines ca. 60-seitigen Papiers mit dem Titel "Global Marshall Plan".

Hinter dieser Initiative stehen eine ganze Reihe von Organisationen wie der Club of Rome, der Club of Budapest, die Global Marshall Plan Foundation und die Stiftung Weltvertrag, um nur einige zu nennen. Unterstützt wird die Initiative unter anderem auch von vielen prominenten Einzelpersonen wie zum Beispiel Heiner Geißler, Eugen Drewermann oder Hans-Peter Dürr. Sie alle fordern ein "ökosoziales Programm für eine bessere Welt". So bewirke eine "unfaire" Globalisierung ein "ökologisches Desaster", Armut in den Ländern des Südens und den "Verlust von Existenzen und Arbeitsplätzen" im Norden verbunden mit wachsender Hoffnungslosigkeit und Gewaltbereitschaft. Die Herausforderung bestehe also im Umstieg von einer "Zivilisation des Raubbaues" in eine "Zivilisation der Nachhaltigkeit" sowie der "Schaffung einer gerechten Ordnung für eine global vernetzte Menschheit".

## Die Ziele des Globalen Marshallplanes

In Übereinstimmung mit den Millenniumszielen der UNO will man bis zum Jahr 2015 weltweit die Zahl derer, deren Einkommen weniger als einen Dollar pro Tag beträgt (derzeit noch mehr als eine Milliarde Menschen)



**Global Marshall Plan**<sup>®</sup>  
balance the world  
with an Eco-Social Market Economy



Historisches Vorbild: Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Marshallplan das wichtigste wirtschaftliche Aufbauprogramm der USA für Europa.

halbieren. Allen Kindern soll der Besuch eines vollen Grundschulprogramms ermöglicht werden. Die Kindersterblichkeit soll auf ein Drittel der heutigen Werte gesenkt werden. Der Trend bei HIV/AIDS, Malaria und anderen epidemischen Krankheiten soll umgekehrt werden. Außerdem beabsichtigt man die Halbierung der Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser haben (heute ebenfalls über eine Milliarde Menschen).

Die genannten Ziele und noch weitere will man erreichen durch die "Etablierung einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Konzept für die Globali-

sierung". Was sie unter einer ökologischen sozialen Marktwirtschaft verstehen, erläutern die Verfechter des globalen Marshallplanes nicht: Marktwirtschaft mit oder ohne Kapitalismus?

## Eine ökosoziale Marktwirtschaft unter Beibehaltung des Kapitalismus?

Kapitalismus ist ein System, in dem in erster Linie die Renditeerwartung des Geldkapitals im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Überlegungen steht. Zu Investitionen und damit Arbeitsplätzen kommt es in diesem System –

egal, ob an eine Marktwirtschaft oder an eine Planwirtschaft gebunden – immer nur dann, wenn die Zinsbedienung des eingesetzten Kapitals abgesichert ist. Dabei bestimmt der Geldzins die Verzinsungshöhe des gesamten Sachkapitals. Denn niemand steckt sein eigenes oder fremdes Geld in ein Wirtschaftsobjekt, wenn es nicht mindestens jenen Zins abwirft, den man ohne Risiko und Leistung für eine Bankanlage erhält. Der Zins ist also letztlich der bestimmende Faktor. Er verursacht in Gestalt des Zinseszinsprinzips eine ganze Reihe unheilvoller Auswirkungen auf Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft und ist in hohem Maße für das Auseinanderdriften von Arm und Reich verantwortlich (siehe dazu Helmut Creutz: "Kapitalismus - was ist das eigentlich?" in FAIRCONOMY Nr. 2, Seite 7-8). Marktwirtschaft hingegen ist ein System, in dem es immer nur dann zu Tauschvorgängen kommt, wenn beide Seiten darin einen Vorteil sehen: Geht jemand in einen Laden und kauft ein Buch, ist ihm das wichtiger als das Geld in seiner Hand. Für den Buchhändler ist das umgekehrt. Werden Monopole verhindert, sorgt eine Marktwirtschaft für die effektive Versorgung der Bevölkerung bei günstigen Preisen. Grundlage einer Marktwirtschaft ist also die Gegenseitigkeit. Eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft ist ein System, in dem sich Geld auch ohne Verzinsung leihend zur Verfügung stellt.

### Nullzins als Voraussetzung "echter" Nachhaltigkeit

Ein Zins nahe Null wäre eine unabdingbare Voraussetzung für die von den Initiatoren des globalen Marshallplanes geforderte Nachhaltigkeit. Denn alle Definitionen von 'Nachhaltigkeit' fordern ausnahmslos, nicht auf Kosten unserer Nachfahren zu leben. Dem entgegen steht allerdings die folgenschwere Tatsache, dass unser Wirtschaftssystem die Gegenwart höher bewertet als die Zukunft. Dies liegt daran, dass 100 Euro, die man heute einnimmt, mehr wert sind als 100 Euro, die man erst in einem oder zwei Jahren bekommt. Schließlich kann man das Geld in der Zwischenzeit verzinslich anlegen. Aus diesem Grund dürfen 100 Euro, die (bei einem Zinssatz von 10%) erst in einem Jahr eingenommen werden, heute nur mit 91 Euro bewertet werden. Erfolgt die Einnahme erst in zwei Jahren, sind es nur 82 Euro. So gesehen ist es

nur logisch, dass Rohstoffvorkommen möglichst schon heute ausgebeutet werden, weil man die Gewinne gegen Zins und Zinseszins anlegen kann. Aus dem gleichen Grund werden 'Umweltreparaturen' in die Zukunft verlagert, denn man kann die dadurch eingesparten Gelder ebenfalls auf die Bank tragen. Das Prinzip von Zins und Zinseszins steht also der Nachhaltigkeit diametral entgegen. Echte Nachhaltigkeit kann es nur geben bei einem Zins von Null. Nur dann müssen wir die Bedürfnisse unserer Kinder und Kindeskiner nicht geringer bewerten als unsere eigenen. Seltsamerweise berücksichtigen die Befürworter des globalen Marshallplanes diese Zusammenhänge offenbar nicht.

### Einsatz der Mittel und Adressaten

Die Initiative will jährlich 100 Mrd. US-Dollar an zusätzlichen Mitteln aufbringen. Als mögliche Finanzierungsmechanismen sind eine Terra-Abgabe auf den Welthandel, eine Abgabe auf Welt-Finanztransaktionen, der Handel mit pro Kopf gleichen CO2-Emissionsrechten, eine Kerosinsteuer oder Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds angedacht. Eingesetzt werden sollen diese Mittel für "Investitionen in Bildung und Gesundheit". Dabei müsse die "Stärkung der eigenverantwortlichen unternehmerischen Fähigkeiten jedes Einzelnen zum zentralen Anliegen zukünftiger Fördermaßnahmen werden". Die konkreten Förderprogramme sollen über die entsprechenden Sonderorganisationen und Programme der Vereinten Nationen koordiniert werden. Die Rolle der Vereinten Nationen solle in diesem Zusammenhang gestärkt werden. Mit ihren Überlegungen und Vorschlägen wenden sich die Initiatoren für einen Global Marshall Plan "bewusst" parallel an unterschiedliche Adressaten: die europäi-

schen Regierungen und nationalen Parlämente, an die EU-Parlamentarier und die Europäische Kommission, außerdem an die Vereinten Nationen sowie internationale Organisationen wie auch die international agierende Wirtschaft und auch an so genannte 'Nichtregierungsorganisationen' sprich die globale 'Zivilgesellschaft'.

### Fazit

Die oben aufgezählten Ziele der Initiative sind loblich und ehrenwert. Fraglich ist allerdings, ob sie sich auf dem von den Urhebern des globalen Marshallplans genannten Wege auch erreichen lassen. Staunen kann man jedenfalls nur über die große Anzahl blinder Flecken in den zitierten Papieren. Dass die Erde mit all ihren Schätzen allen Menschen einst geschenkt wurde und somit jedem Menschen ein gleiches Recht auf Nutzung von Boden, Rohstoffen und Wasser zustehen sollte, diese Erkenntnis sucht man bei den Marshallplan-Verfechtern vergebens. Wie man Nachhaltigkeit unter Beibehaltung des heutigen Wirtschaftssystems erreichen will, bleibt zudem rätselhaft. Statt dessen spricht man recht schwammig von der "Entwicklung eines offenen Welthandels- und Weltfinanzsystems unter geeigneten Rahmenbedingungen, das national und international eine Verpflichtung zu Good Governance" beeinhaltet, was wohl im ungünstigsten, aber nicht unwahrscheinlichsten Fall auf eine Art Weltzentralgewalt unter Beibehaltung des ausbeuterischen Zinskapitalismus hinauslaufen dürfte. Zustimmung kann man unter anderem den Forderungen nach Schließung von Steueroasen bzw. Überwindung der "Schuldenproblematik von besonders armen Ländern", was wiederum Zweifel daran aufkommen lässt, ob man die ebenfalls gravierenden Schuldenprobleme der so genannten reichen Länder überhaupt lösen will. So entsteht der Verdacht, dass es sich beim Globalen Marshallplan um eine Mogelpackung handelt, die den Kapitalismus retten soll.

Quellen:  
Möller, Uwe, Radermacher, Franz-Josef u. a.: Global Marshall Plan. <http://www.globalmarshallplan.org>



Die Bedürfnisse unserer Kinder sind nicht geringer zu bewerten als unsere eigenen.



**Frank Bohner** aus Stuttgart ist unter anderem als Pädagoge und Referent tätig. Er ist Autor zahlreicher Artikel über die Geld- und Bodenproblematik.

# FAIRCONOMY-Vorlage für den Deutschen Bundestag

Im September hat die Volksvertretung einen Online-Modellversuch mit Petitionen gestartet. In einer der ersten wird eine Umlaufsicherung für Geld gefordert. Eine durch und durch Aufsehen erregende Aktion.

Während die anderen Petitionen mit einer Ausnahme kaum auf einhundert Unterzeichner kommen, haben über 1.300 Menschen die Eingabe von Adolf Holland-Cunz virtuell unterschrieben - und das nach nur knapp zwei Wochen. Das Mitglied der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) fordert darin eine gesetzliche Regelung, die eine der Säulen des Grundgesetzes betrifft. In Artikel 14 Abs. 2 heißt es: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." Diesem Artikel soll "besser zur Geltung verholfen werden (...), indem die durch Guthabenzinsen bedingte Umverteilung von Arm zu Reich gestoppt" wird.

Zur Begründung verweist Holland-Cunz auf Zahlen aus der FAIRCONOMY. Eine auf dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beruhende Grafik in der ersten Ausgabe stellt dar, dass in Deutschland die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung bereits über 47 Prozent des gesamten Vermögens verfügen. Diese Vermögen wachsen insbesondere durch Zinseinnahmen an. Jährlich wandern so über 300 Milliarden Euro an Zinsen, mehr als der gesamte Bundeshaushalt, von den Arbeitenden zu den Besitzenden. Also, heißt es in der Petition weiter, verletze das Zinsgeldsystem das Grundgesetz, da es eine Minderheit fördert und die Allgemeinheit schädigt.

Als Lösung schlägt Holland-Cunz eine "konstruktive Umlaufsicherung" vor. Damit soll unter anderem ein Absinken des Zinses gen Null ermöglicht werden. Auf einen Schlag hätte dann allein der Bund 40 Milliarden Euro, die jährlichen Zinszahlungen für die Bundes-schuld, mehr zur Verfügung. Das wären deut-

lich mehr als die 35 Milliarden Euro, die die große Koalition aus SPD und CDU/CSU derzeit "einsparen" will - unter anderem durch Kürzungen beim Arbeitslosengeld II.

Doch der niedrigere Zins wäre nicht die einzige Folge einer konstruktiven Umlaufsicherung. Damit würde nämlich ein ganz wesentlicher Fehler des Geldes korrigiert. Es wäre mehr für den Wirtschaftskreislauf da, der hierzulande ganz offensichtlich ins Stocken geraten ist. Der Zwang zum ständigen Wirtschaftswachstum würde wegfallen. Einkommen entstünden vor allem durch Arbeit und nicht durch das "Arbeiten lassen" von Geld.

## Ein Vorschlag, der für jede Menge Diskussionen sorgt

Nicht nur die Unterzeichner der Petition sind zahlreich, sondern auch die Beiträge im dazu gehörigen Forum. Weit über eintausend Wortmeldungen hat es gegeben. Doch weil zahlreiche Beiträge unsachlich oder beleidigend waren und gelöscht werden mussten, wurde das Forum geschlossen. Bezeichnenderweise stammten die bemängelten Beiträge vor allem von Gegnern der Petition.

Die Auseinandersetzung ist in sachlicher Form gewollt. Mit dem Forum soll den Bürgern "eine möglichst offene, vielseitige und sachbezogene Diskussion der öffentlichen Petitionen" ermöglicht werden. Der Petitionsausschuss will einen möglichst breiten Erfahrungshorizont aktiver Bürger in die parlamentarische Beratung einbeziehen und verspricht, sich mit den Kommentaren und unterschiedlichen Sichtweisen auseinanderzusetzen. Bis zum 17. Dezember 2005 konnte die Peti-



Wie eine solche konstruktive Umlaufsicherung aussehen kann, ist im "Knöllchen für die Spekulanten" zu lesen. Das INWO-Faltblatt kann mit dem Bestellschein auf Seite 24 angefordert werden (vier DIN A4-Seiten, Farbdruck; Einzelpreis 1€)

tion online mitgezeichnet werden. Nun befasst sich der Ausschuss des Deutschen Bundestages damit. Sie wird geprüft, wozu auch Sachverständige geladen werden können, und dann entweder verworfen oder nach Abstimmung im Bundestag als Empfehlung an die zuständige Stelle weitergegeben, beispielsweise die Bundesregierung oder das Europäische Parlament.

Mehr unter <http://www.INWO.de/Petition>.

Jens Hakenes

# Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (012 12) 5 12 59 71 40 oder per Post an:

## INWO Versand

Sambach 180

96178 Pommersfelden



Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift "FAIRCONOMY".

Ich bin Schüler(in) / Student(in) / Auszubildende(r) / erwerbslos und zahle monatlich nur 2 €.

Ich spende regelmäßig einen zusätzlichen Beitrag von monatlich \_\_\_\_\_ €.

Ich spende einmalig \_\_\_\_\_ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.

Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung & Versand: 1,- € bis 5,- € Bestellwert / 1,50 € bis 50,- € Bestellwert / ab 50,- € Bestellwert frei

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

bei der \_\_\_\_\_

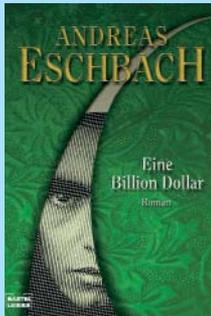
mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Andreas Eschbach:

## Eine Billion Dollar



John Salvatore Fontanelli, Sohn eines armen New Yorker Schuhmachers italienischer Abstammung, erbt unerwartet ein Vermögen, das ein entfernter Vorfahr, ein florentinischer Kaufmann, im 16. Jahrhundert hinterlassen hat - ein Vermögen, das in fast 500 Jahren auf über eine Billion Dollar angewachsen ist! Der Erbe dieses Vermögens, verheißt das Testament, werde einst der Menschheit

die verlorene Zukunft wiedergeben. Nur wie?

Bestsellerautor Andreas Eschbach, geboren 1959 in Ulm, studierte Luft- und Raumfahrttechnik und arbeitete zunächst als Software-Entwickler. Als Stipendiat der Arno-Schmidt-Stiftung "für schriftstellerisch hoch begabten Nachwuchs" schrieb er seinen ersten Roman, der 1995 erschien. Bekannt wurde er vor allem durch den Thriller Das Jesus Video (1998). Eschbach lebt als freier Schriftsteller mit seiner Familie in der Nähe von Stuttgart.

Roman Bastei Lübbe Verlag, 887 Seiten

Taschenbuch ~~9,90 €~~, **neuer Preis: 6,- €**, Hardcover 23,- €

Helmut Creutz:

## Die 29 Irrtümer rund ums Geld



Wir werden in Sachen Geld leider als Analphabeten aus der Schule entlassen. Und selbst im "richtigen Leben" ist das Thema Geld für viele ein blinder Fleck. Aber was ist das eigentlich, dieses "Geld"?

Unser allgemeines Wissen über Geld ist immer noch mit grundsätzlichen Fehlvorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern behaftet, von denen die wichtigsten in diesem Buch behandelt werden.

Wer versteht schon die Strukturen unseres Geldsystems und deren unüberschaubare

Auswirkungen auf den sozialen und ökologischen Bereich, auf die Arbeitslosigkeit, den Wachstumszwang und die leeren öffentlichen Kassen? In diesem Buch sind die wichtigsten Antworten pointiert und verständlich zusammengefasst.

Signum Verlag 2004, 303 Seiten, 22.90 €

Audio-CD:

## Der Fluss des Geldes



Ein Feature nach einer Idee von Falk Fischer mit Beiträgen von Peter Kafka, Prof. Dr. Dieter Suhr, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Helmut Creutz, Prof. Dr. Wolfgang Gebauer und Dieter Heinemann.

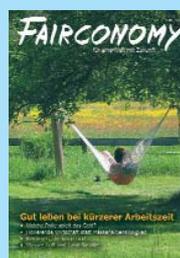
INWO, 2. Auflage, 2005

Laufzeit: 32 Minuten

5,- € (ab 10 St. nur je 2,50 €)

Zeitschrift zum Verteilen:

## FAIRCONOMY Nr. 1



Die erste Ausgabe der FAIRCONOMY ist ein Sonderheft, das vor allem für Einsteiger gedacht ist. Mit leicht verständlichen, zeitlosen Texten und vielen bunten Illustrationen werden die Themen der INWO angesprochen und unsere Arbeit vorgestellt.

Das Heft ist durchgehend bunt und eignet sich hervorragend zum Verteilen oder Auslegen.

10er Pack, 1,50 € (nur Porto- und Versandkosten!)

Faltblatt zum Verteilen:

## Infoblatt 1 "Knöllchen für die Spekulanten!"



Damit alle Menschen ein erfülltes Leben führen können, muss eine funktionierende Währung gewährleistet, dass alle ausreichend mit Geld versorgt sind. Unser heutiges Geld stellt diese Versorgung nicht sicher, nicht bei uns und schon gar nicht weltweit – weil es nicht reibungslos umläuft. Wie sich das ändern lässt, beschreibt Buchautor Klaus Popp in diesem hochwertigen Faltblatt. Für alle, die fragen, wie eine Lösung für das Geldproblem aussehen könnte!

vier DIN A4-Seiten, Farbdruck, 1,- € (ab 10 Stück nur je 0,50 €)

## T-Shirt



Das Werbemittel für jeden Tag! Ein echter Hingucker, mit dem man jederzeit und überall für die INWO aktiv werden kann.

Aufdruck auf der Rückseite:  
„www.INWO.de“

100 % Baumwolle

Farben: blau, grün, schwarz

Größen: L, XL und jetzt auch in M und S

~~10,- €~~ **neuer Preis: 8,- €**

Weitere Angebote finden Sie unter [www.INWO.de/Shop](http://www.INWO.de/Shop).



# Vom Geld, der eigenen Sprache und der Literatur

Eine Wirtschafts- und Finanzordnung, die überflüssige oder zu teure Menschen produziert, muss falsch sein. Auf der Suche nach Alternativen begegnet man natürlich Helmut Creutz' Zinsbeispiel. Die damit verbundene Aussage, dass nicht Angebot- und Nachfrage den Markt lenken, sondern das Geld, ist umso brisanter, als das der Preisträger der schwedischen Reichsbank für Wirtschafts(un)wissenschaften in Gedanken an Alfred Nobel 1974 Friedrich August von Hayek zwei



Jahre danach sozusagen die Bedienungsanleitung für die derzeitige Art der Globalisierung geschrieben hat. In Entnationalisierung des Geldes spricht er sich für die Privatisierung der Noten-

banken, des gesamten Geldwesens aus. Somit bedeutet die Entnationalisierung des Geldes auch die Entnationalisierung der Wirtschaft - die Wirtschaft als integrierender, komplementärer Teil einer demokratischen Volkswirtschaft entkoppelt sich durch das privatisierte Geldwesen vom Volk wie die Geldwirtschaft über den Zins von der Realwirtschaft.

Das gesellschaftliche Ausgrenzen von immer mehr Menschen, die zunehmenden Privatisierungen von Volkseigentum, die wachsenden Belastungen des wertschöpfenden Mittelstandes und die an die nationalsozialistische Rhetorik erinnernden Rezepte bei enormer Reichtumszunahme Weniger ist beängstigend. Bei Ökonomie und Finanzfragen verstehen viele nur Bahnhof, auch Politiker. Wirtschaftswissenschaften sind keine exakten Wissenschaften, sondern ideologische Glaubenslehren. Selbst die Familie Nobel distanziert sich öffentlich vom falschen Nobelpreis, der zu auffällig und oft an neoliberale Amerikaner gegangen ist. Immerhin hat sich der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz deutlich vom Neoliberalismus distanziert, der heute in neuen

Schläuchen verkauft wird, z.B. durch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, welche nicht nur sogenannte Wissenschaftler und Experten ans Fernsehen vermittelt, sondern ganze Dialoge im Vorabendprogramm kauft. Der Verwässerung der deutschen Sprache durch das sogenannte Denglisch, welches zusätzlich Verwirrung stiftet, begegnet der 1998 gegründete Verein Deutsche Sprache [www.vds-ev.de](http://www.vds-ev.de) mit bereits 29'000 Mitgliedern. Die Geldsystemkritiker Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Michael Ende oder auch Bertolt Brecht und Tucholsky haben aber auch wunderbare Wahrheiten in Märchen gekleidet geschrieben, die es sich in der Originalsprache zu lesen lohnt. Na ja, mittlerweile bin ich der Auffassung, dass man das Volk am ehesten über zeitgenössische Literatur mit Unterhaltungswert erreichen kann. In meiner Theaterkomödie "Zukunft?Verkauf!" lagert ein Staat seine gesamte Wertschöpfung aus, führt die Kapital- und Bürgerfreizügigkeit ein, privatisiert die volkswirtschaftliche Grundversorgung und stellt beim Zusammenbruch des Weltwährungssystem überrascht fest, dass er das ganze Land gegen digitalisiertes, wertlos gewordenes Geld verkauft hat. Der neue Besitzer? Kommen Sie ins Theater!

Thomas Brändle

CH-Unterägeri

freisinnig-demokratischer Kantonsrat für Bürgerfreiheit und zivilisierte Marktwirtschaft

## Inhalt

- 3 Nobelpreis für Spieltheoretiker
- 4 Woran auch diese Regierung scheitern wird
- 6 Pflege – Maxi-Job für Mini-Lohn
- 9 Pressespiegel & Termine
- 10 Vorwürfe gegen Helmut Creutz & die INWO
- 11 Mitglieder werben Mitglieder
- 12 Aufnahmeantrag
- 13 Die Arbeitsgruppen der INWO, Angebote & Service
- 14 INWO vor Ort
- 15 Berlin, Bundesschuldenhauptstadt
- 16 Raus aus dem Hinterzimmer – Flyerevent der INWO-Schweiz
- 17 Arbeitsgruppen & Bericht der INWO-Schweiz
- 18 Bürgergeld
- 20 Der „Global Marshall-Plan“- Retter des Kapitalismus?
- 22 Petition
- 23 Bestellseite

## Impressum

r-evolution Nummer 27 / Nr. 3 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

### Redaktion

Wera Wendnagel (Deutschland), Beate Bockting, Jens Hakenes, Marco Lustenberger (Schweiz)  
Email: [contact@inwo.ch](mailto:contact@inwo.ch)

### Auflage

1500 Exemplare, ISSN 1660-1653, und  
1500 Exemplare als FAICONOMY, ISSN 1860-9694

### Bildnachweis

Titelseite: visipix.com, Craig Earls, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, Seite 6: AOK-Mediendienst, Seite 7: Curanum AG, Seite 9: PhotoCase.com/juliaw, Seite 10: Jens Hakenes, Seite 11: privat, Seite 14: Jakob Schneider, Seite 15: Umbach Grafik & Mediendesign, Seite 17: INWO Schweiz, Seite 18: dm-drogerie markt GmbH & Co. KG, Seite 20: globalmarshallplan.org, wikipedia, Seite 23: Erich Lange

### Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

### Druck u. Versand

Druckhaus Klingenfuss GmbH, Münster

### Herausgeberin

INWO Schweiz, Sekretariat: Bahnhofstr. 102, Mediapark / 1ter Stock, 5001 Aarau  
Postadresse: Postfach, 5001 Aarau  
Postcheck-Konto 30-1771-2  
[www.INWO.ch](http://www.INWO.ch)

Die INWO Schweiz spricht über das herrschende Geld- und Bodenrecht als unmittelbare Ursache wachsender Not und sich mehrender Verzweiflung vieler Menschen. Einziges Ziel der INWO sind vergleichsweise kleine, aber

fundamentale Korrekturen, die nicht einmal bestehende Besitzstände angreifen würden. Werden Sie Mitglied, Gönner der INWO oder LeserIn unserer Zeitschrift r-evolution.

# INWO Schweiz – Kontakte und Infos

## Basel

Vor-und Nachdenktreff. Details: basel@inwo.ch

## Bern

Regelmässige Infotreffen. Kontakt: bern@inwo.ch

## Chur

Vor-und Nachdenktreff. Details: chur@inwo.ch

## St.Gallen

Infotreffen. Kontakt: stgallen@inwo.ch

## Zürich

**Vor-und Nachdenktreff** im Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14 (beim Grossmünster) Jeden dritten Donnerstag im Monat veranstalten wir einen offenen Diskussionsabend. Sie sind eingeladen, an diesen Gesprächen zur Zukunft unseres Miteinanders teilzunehmen. Aktuelle Angaben über das jeweilige Impulsreferat zu einem Schwerpunktthema finden Sie auf **www.inwo.ch**. Kontakt: zuerich@inwo.ch

# Flyers zum Bestellen und Verteilen



Auf der Vorderseite der sechs vierfarbigen Flyers im A6-Format steht ein kritisch-plakativer Text. Er endet jeweils mit der Aufforderung: **DAS KANN MAN ÄNDERN.**

Die Rückseite enthält in wenigen Sätzen Informationen zum angeschnittenen Thema sowie über Ziel und Zweck der INWO. Unter dem Titel **STOFF ZUM AUGEN ÖFFNEN** sind ein paar Empfehlungen zu Literatur und Hintergrundwissen aufgelistet.

Flyers müssen und können nicht die ganze Bandbreite unserer Systemkritik darstellen. Sie verstehen sich als Augenöffner und Interessenwecker.

### Bitte Anzahl Flyers angeben

Ex. 1 **ALLE REDEN VON WACHSTUM. WIR AUCH.**

Ex. 4 **MAN MUSS NICHT KOMMUNIST SEIN, UM ZU BEGREIFEN, DASS DIE REICHEN DIE ARMEN BESTEHEN.**

Ex. 2 **SOLANGE MAN AUS GELD GELD MACHEN KANN, SOLANGE WÄCHST DIE ARBEITSLOSIGKEIT.**

Ex. 5 **DAS KRIMINELLE ZINSSYSTEM GIBT ES DANK UNSERER UNWISSENHEIT.**

Ex. 3 **DIE BANKEN ERKLÄREN UNS DEN TARIF. WARUM NICHT UMGEKEHRT?**

Ex. 6 **DIE ZINSWIRTSCHAFT HAT DAZU GEFÜHRT, DASS GANZ WENIGEN ALLES, UND DEN ANDEREN NICHTS GEHÖRT.**

Ex. **JEDER DRITTE FRANKEN, DEN WIR AUSGEBEN, "VERDIENT" EIN KREDITGEBER OHNE ZU ARBEITEN.**

### Weiteres Informationsmaterial

Ex. **DER FLUSS DES GELDES**

Ein Hörspiel als Information zur Geldreform (Compact Disc) Richtpreis Fr. 10.-

Ex. **FUNDAMENT**

Das Info-Dossier der INWO – Format A4

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

INWO Schweiz, Bahnhofstrasse 102

Postfach, CH-5001 Aarau

Telefon: 062 822 84 86, Fax: 062 823 67 55

mail: contact@inwo.ch



... wirtschaften im Einklang von Mitmensch und Natur  
und vor allem mit Rücksicht auf die nachfolgenden  
Generationen von Pflanzen, Tieren und Menschen!

Ideen dazu auf [www.inwo.ch](http://www.inwo.ch) und im grossen  
Zusammenhang auf [www.oekosophie.de](http://www.oekosophie.de), einer  
Homepage der immerwährenden Philosophie (philosophia  
perennis).

Am treffendsten, ohne esoterischen Beigeschmack,  
wurde sie durch Antoine de Saint-Exupéry umschrieben :  
"Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist  
für die Augen unsichtbar."

# @evolution

Nr. 27 Okt.-Dez. 2005

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

sFr 3,-



*Craig Earls*  
2003

**Eine neue Dimension  
von Gerechtigkeit,  
Solidarität und Freiheit...**